

## ■ Ein See-Konflikt

Grünauer bestehen darauf: Kulkwitzer See ist Volkseigentum.

Seite 5

## ■ Der namenlose Glockenturm

An den Leidensweg des Kommunisten Werner Seelenbinder mag das offizielle Leipzig nicht mehr erinnern. Am 2. August war der 100. Geburtstag des Ringers.

Seite 7

## ■ Faszinierender Austausch

Anna Seghers, Christa Wolf: verschiedene Generationen, „ein von Grund auf anderes Lebensmuster“. Was sich die beiden Großen der Literatur in Essays, Gesprächen und Briefen sagten, ist von unvermindertem Interesse.

Seite 11

16

2004

12. Jahrgang

6. August

1 Euro

Tel./Fax:

0341-

21 32 345

# SCHAUT AUF DIESE MÄNNER



Marc Ranstetter 2004

... auf Peter Hartz, den VW-Manager und Ideengeber der berüchtigten Kommission, auf Wolfgang Tiefensee, ihr ostdeutsches Mitglied, und auf Wolfgang Clement, Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, der „Hartz IV“ radikal durchpeitscht.

Seite 3

## Die Reichen nehmen's

### Warum müssen sie nichts zurückgeben?

Ab Januar nächsten Jahres haben 800 000 ostdeutsche Langzeitarbeitslose durchschnittlich 200 bis 250 Euro pro Monat weniger zum Leben, wie ein Hallenser Institut errechnete. Den Einzelnen, der einmal einen gut bezahlten, weil hochqualifizierten Job hatte und der derzeit wötmöglich noch 800 Euro Stütze bekommt, wird es erheblich stärker treffen. Aber 331 Euro reichen zum Leben, so eine rosa und grüne Regierungserkenntnis. All die schon mehr als bescheiden Lebenden müssen sich nun für die riskant vor sich hin galoppierende Regierungskoalition 3 Milliarden Euro abhungern. Auf die Ostdeutschen entfallen dabei zwei Drittel der Summe. Das aber sei alternativlos, um das Sozialsystem zu retten, meinen die Schröders und Fischers. Die Merkels und Kochs sowieso. Denen hat wieder einmal eine SPD-dominierte Regierung die Drecksarbeit abgenommen. (Erinnern Sie sich noch an das unsägliche Berufsverbot, an die Notstandsgesetze, an die Raketenstationierung ...)

**Es gibt Alternativen zum Hartzschen Armutsgesetz!** Es geht um nur drei Milliarden:

- **3 Milliarden** – so viel kosten gerade mal 23 der 180 zum Kauf geplanten Eurofighter. Auf dieses Teufelszeug komplett zu verzichten, würde das Loch für einige Jahre stopfen.
- Der Bund verschwendet jährlich allein etwa **2 Milliarden** durch unsinnige Ausgaben; nachzulesen im Bericht des Bundesrechnungshofes.
- Ein Verzicht auf die parallel zu Hartz IV beschlossene letzte Stufe der Steuerreform, vor allem der Verzicht auf die Absenkung des Spitzensteuersatzes, brächte sogar **6,5 Milliarden Euro** jährlich.
- Verzicht auf Steuervergünstigungen bei der Veräußerung von Betrieben und Beteiligungen brächten **1,5 Milliarden**.
- Würden die 4000 Megareichen in diesem Land, also die, die jeweils mehr als 30 Millionen Euro besitzen (ohne Immobilien und Kunstbesitz!) und deren Vermögen jährlich um 10 Prozent wächst, von jedem Euro nur einen Cent abgeben, kämen mehr als **2 Milliarden** zusammen.
- Wenn dann auch noch die 60 000 Superreichen, die jeder über mindestens 1,5 Millionen Euro verfügen, ebenso ihrer grundgesetzlich geforderten Sozialpflichtigkeit nachkämen, wären das bei einer nur einprozentigen Abgabe nochmals jährlich bis zu **3 Milliarden Euro** zur Rettung der deutschen Sozialsysteme.

• F. W.

## Das kann sich die PDS leisten?

Mag Michael Bartsch im „Neuen Deutschland“ das Aus für zwei Leipziger PDS-Landtagsdirektkandidaten sarkastisch kommentieren: „Das kann sich nur die PDS erlauben“. Richtig ist eher: Das kann sich die PDS keinesfalls erlauben!

Tatsache ist: Die PDS-Landesgeschäftsstelle hat die von Wolfgang Denecke und Siegfried Schlegel rechtzeitig eingereichten Erklärungen nicht an den Landeswahlleiter weitergereicht. Zwei PDS-Kandidaten wird somit das passive Wahlrecht entzogen – und Wählern in zwei Wahlkreisen die Erststimme für die PDS. Der offizielle Grund dafür ist das Fehlen jenes Blatts Papier, auf dem der Unterschreibende lediglich bestätigt, dass er die Sächsische Verfassung genau gelesen hat, die wiederum die in der BRD einmalige Klausel enthält, dass durch frühere Tätigkeit für das MfS „die fortdauernde Innehabung des Mandats untragbar erscheint“. Gewiss eine 15 Jahre nach der Wende längst überflüssige Erklärung. Aber darum geht es im Moment nicht.

Es geht noch nicht einmal darum, dass Rico Schubert, der Presseprecher des PDS-Landesvorstandes, eine Schlaperei arrogant kommentierte: „Pech gehabt“. Wolfgang Denecke und Siegfried Schlegel hatten zu den Kommunalwahlen vor wenigen Wochen in ihren Leipziger Wahlkreisen (die nicht völlig mit jenen zur Landtagswahl übereinstimmen) jeweils mit beträchtlichem Abstand die meisten Stimmen erhalten. Eine ideale Voraussetzung für die Landtagswahl. Nun fehlen ihre Namen auf der Wahlliste für den 19. September. – Pech?

Wenigstens soll jetzt eine innerparteiliche Kontrolle die konkrete Schuld der nicht vollständigen Abgabe klären. Schön und gut und richtig. Aber ...

Denecke und Schlegel haben Beschwerde vor dem sächsischen Verfassungsgerichtshof eingereicht. Nötig wäre jetzt ein Eilentscheid. Wie wird er ausfallen, wo zwei PDS-Leute so praktisch und so unpolitisch von den Stimmzetteln (die schon dieser Tage in Druck gehen) getilgt werden konnten? PDS-Stadtchef Volker Külow will, falls das Verfahren verzögert wird, es dennoch weiterführen. Bei einem nachträglichen Sieg sei sogar eine Wahlanfechtung möglich. „Wir werden alle Möglichkeiten ausschöpfen und den Kampf nicht aufgeben“, sagt Külow und hofft auf Sieg.

• mx

## Jurks Spagat

Die aktuelle Krise der SPD, die wesentlich mit der Agenda 2010 und namentlich mit Hartz IV verknüpft ist, macht um Sachsen keinen Bogen. Der Führungswechsel von Constanze Krehl zu Thomas Jurk hat daran nichts geändert, weil das politische Dilemma nicht aus der Welt geschafft wurde. Das kommt in jüngsten Äußerungen Jurks dermaßen sinnfällig zum Ausdruck, dass man sie schon als Schulbeispiel für politische Rabulistik verwenden kann.

Im Detail gebe es beim Hartz IV-Gesetz Nachbesserungsbedarf. Jurk fordert eine zeitliche Verchiebung der Gesetzeseinführung; Datschen und Kleingärten sollten aus der Vermögensberechnung herausgenommen werden, der „technokratische Versuch“, im Januar 2005 kein Geld zu zahlen, sei problematisch; die Ost-West-Lücke bei der Höhe der monatlichen Arbeitslosengeld-II-Zahlungen ginge „emotional daneben“...

Derartige Rufe in die Öffentlichkeit sind wohl Ausdruck persönlichen Unbehagens und der Befürchtung, die SPD könne mit diesen Regelungen noch mehr an Wählergunst verlieren, aber sie sind sonst nicht sonderlich ernst zu nehmen. Denn im Kern ist Hartz IV auch für Jurk „kein sozialpolitisches Monster“. „Im Grundsatz ist die Reform in Ordnung“, für einige bringe sie sogar Verbesserungen.

Das ist eben die besondere Art sozialdemokratischen Aufbegehrens, soweit es das überhaupt gibt: Man tut etwas für die eigene Reputation und weiß genau, dass man damit nichts bewegt.

• G. L.

Bei einem Treffen von Kanzler Schröder mit Gewerkschaftsführern vor einigen Wochen soll der „Chef“ die Vertreterin von Ver.di schreiend gefragt haben, ob er gescheitert sei. Wenn die Dame etwas mehr Mut gehabt hätte, als sie hatte, wäre ein klares „Ja“ fällig gewesen. Leider befand sich ihr Herz nicht dort, wo es hingehört.

Wir bestätigen, was nicht zu leugnen ist. Schließlich wurde der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zum Hauptziel erklärt. Diese befindet sich mit 4,3 Millionen auf Höchststand und ist um 400 000 höher als zum Ende der Ära Kohl 1998. Das geht ausschließlich zu Lasten Ostdeutschlands. Hauptursache ist der Verlust einer dreiviertel Million Arbeitsplätze, da-von im letzten Jahr 130 000. Der Staat und die Wirtschaft senkten ständig das Angebot. Neue Arbeitsplätze durch Firmengründungen oder Firmenerweiterungen hinken dem Bedarf

Arbeitsmarktentwicklung weiter negativ

## Hauptlast trägt Ostdeutschland

weit hinterher.

Betrug der Zuwachs an offenen Stellen bei Kohl 1998 im Monatsdurchschnitt noch 95 000 im Osten, sind es 2004 nur noch 42 000. Allerdings gibt es inzwischen auch einen sehr starken Einbruch im Westen.

Da seit Schröders Amtantritt die ABM hier um 75 Prozent zusammengestrichen wurden – auf knapp über 60 000 –, ist es nicht verwunderlich, dass sich die Empfänger von Arbeitslosenhilfe auf über eine Million verdoppelten. Von Sozialhilfe ganz zu schweigen. Ebenfalls gewaltig in die Höhe schnellte die Langzeitarbeitslosigkeit – um über 60

Prozent.

Erwähnenswert ist auch, dass Deutschland zwar medienwirksam um 30 000 fehlende Lehrstellen rackert, aber es niemand zu interessieren scheint, dass nach der Ausbildung/Qualifizierung 660 000 junge Menschen arbeitslos wurden, davon über 40 Prozent Ostdeutsche. Tendenz anhaltend.

Was also liegt näher als die Schlussfolgerung, dass es Kanzler Schröder nicht gelang, die Wirtschaft zu stabilisieren, schon gar nicht im Osten. Wir sind wirtschafts-, arbeitsmarkt- und finanzpolitisch vom Regen in die Traufe gekommen. • J. SPITZNER

## Für alle Fälle: Widerspruch!

LN. Der Sozialverband Deutschland hat Verfassungsklage gegen die Streichung der bisherigen Arbeitslosenhilfe angekündigt. Andere Organisationen, darunter die PDS, prüfen gleiche Schritte. In diesem Zusammenhang empfiehlt das Anti-Hartz-Bündnis NRW den Betroffenen, bei Erhalt des Bescheids über die Einstellung der Arbeitslosenhilfe vorsorglich in Widerspruch zu gehen. Etwa so:

An die Agentur für Arbeit  
(PLZ / Ort)

Betr.: Widerspruch gegen Ihren Bescheid vom ...  
Kunden-Nummer: ...

Sehr geehrte Damen und Herren,  
gegen Ihren oben genannten Bescheid lege ich hiermit Widerspruch ein.

Begründung: Die Streichung der Arbeitslosenhilfe ist rechts- und verfassungswidrig; damit ist auch die Befristung der Bewilligung bis 31. 12. 2004 rechtswidrig.

Eine ausführlichere Begründung sowie weitere Widerspruchsründe werden nötigenfalls nachgereicht.

Wegen der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe ist eine Fülle von Widerspruchs- und Gerichtsverfahren bis hin zum Bundesverfassungsgericht zu erwarten. Daher bin ich damit einverstanden, dass Sie das Verfahren bis auf Weiteres ruhen lassen.

Ich bitte um eine Eingangsbestätigung.

Mit freundlichen Grüßen

.....

## Sowjetische Soldaten zur Badekur?

Eine echt widerliche Neuauflage vom Krieg als Badekur bekamen am Sonntagabend, als die Feierlichkeiten zum Jahrestag des Warschauer Aufstandes ausklangen, die ZDF-Zuschauer zu hören. Denn in der Spät-Nachrichten erfuhren sie, dass der Zweite Weltkrieg für die russischen Soldaten (wenn schon, dann sowjetische Soldaten) mitsamt den 20 Millionen toten Sowjetbürgern und der verbrannten Erde freizeitmäßig echt Spitze gewesen sein muss.

Während nämlich in Warschau über 200 000 Aufständische und Zivilisten von den Faschisten niedergemetzelt wurden, so hörte man, wären die „russischen Soldaten“ zum Schwimmen geschickt worden.

Es gibt viele Varianten darüber, was damals am Ostufer der Weichsel geschah und warum Marschall Rokossovski nicht eingriff, nicht eingreifen wollte oder nicht konnte. Aber diese Freizeitvariante schlägt dem Fass den Boden aus.. • M. W.

Gedenktage wie der 20. Juli

1944 sind nicht nur Anlass, sich der Kämpfer gegen den Faschismus zu erinnern und deren Widerstand zu würdigen, die Art und Weise ihrer Begehung gibt gleichzeitig Auskunft über die Schlussfolgerungen, welche die Veranstalter aus den zu gedenkenden Geschehnissen ableiten.

In Deutschland wurde der 60. Jahrestag des Attentats auf Hitler erneut missbraucht, um Rekruten in einem wirklichkeitsfremden, mit Fahnen, Militärmusik und pathetischen Reden verbrämten „feierlichen Gelöbnis“ einzuschwören, „das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“.

Staatssekretär Kolbow aus dem Bundesverteidigungsministerium, ein konsequenter Befürworter der Wehrpflicht, forderte in einer Ansprache die angetretenen Rekruten

## Gehorsam aus Einsicht

auf „aufmerksam hinzusehen und zuzuhören“ und mit eigenem Urteil Richtiges von Falschem zu unterscheiden. „Denn gerade in Deutschland haben wir tragisch und schmerzhaft erfahren müssen, wohin es führen kann, wenn eine Armee aus unpolitischen ‚Nur-Soldaten‘ besteht, die sich auf ihr Handwerk beschränken und zurückziehen. Deutschland braucht und will den Typ Soldat, der gleichermaßen handwerklich fit als auch politisch bewusst ist und deswegen aus Einsicht den notwendigen Gehorsam leistet.“

Abgesehen von der Verharmlosung der verbrecherischen faschistischen Wehrmacht; es gäbe für die „Staatsbürger in Uniform“ genügend Gründe, genauer hinzusehen und zuzuhören. Potenti-

elle Feinde, vor denen Deutschland verteidigt werden müsste, sind inzwischen völlig abhanden gekommen und dass der sogenannte internationale Terrorismus nicht mit militärischen Mitteln überwunden werden kann, hat die Realität bewiesen. Daraus müsste die Einsicht wachsen, dass die Bundeswehr in ihrer gegenwärtigen Form und Größe überflüssig geworden ist. Doch im Rahmen der NATO-Strategie der weltweiten Kriegführung zur Sicherung von Rohstoffreserven und zur Eindämmung von sogenannten Krisenherden geht es gegenwärtig um eine andere Einsicht, nämlich die der Notwendigkeit des Einsatzes der Bundeswehr in fremden Ländern.

• MANFRED BOLS

Je mehr sich dieser Tage Zeitungen oder Sender artig bemühen, die vielen Fragen zum sogenannten Arbeitslosengeld II zu beantworten, um so deutlicher wird: Solche Demütigung, solche zynische Abzocke kann nicht erklärt werden. Weder allgemein noch konkret. Eine häufige Antwort ist ohnehin: „Da fehlen noch konkrete Aussagen“ oder „Dazu gibt es bisher keine Durchführungsbestimmungen“.

**Glasklar ist lediglich**, dass ab 1. Januar, Null Uhr, getreten wird – auf die Sozialschmarotzer, die bisher nur Däumchen drehen, statt eine von vielen Arbeitsstellen anzunehmen.

**Klar ist auch:**

- Für den Januar gibt es überhaupt kein Geld. Das ist aber gerecht, wegen des Dezembereinkommens. Sagt Minister Clement.

- Bausparvertrag vorhanden? Prima, bis der aufgebraucht ist, gibt es kein Alg II.

- Nach der Wende gerade noch sein Datschenland vom plötzlich aufgetauchten Westerberben abkaufen können? Selber schuld. Jetzt wird das Land mitsamt der Datsche verkauft. Das kann bis zu 200.000 potentielle Alg II-Berechtigte betreffen.

- Kredit fürs Häuschen angespart? Vergiss es! Muss womöglich aufgebraucht werden.

- Es liegt noch Kindergeld an? Prima, das wird angerechnet, vielleicht bleibt es auch die einzige Einnahmequelle? Ist doch ein nettes Familiengeld: Alleinerziehende Mütter oder Väter lassen sich von ihren Kindern mit durchfüttern.

## Nichts als offene Fragen

- Rentenversicherung wurde abgeschlossen? Selbst schuld. Die wird bis auf einen kleinen Sockel erst mal aufgezehrt. Weil du arm bist, musst du sowieso früher sterben.

- Und weil aus diesen und anderen Gründen jeder Vierte der mehr als zwei Millionen Langzeitarbeitslosen als noch nicht bedürftig eingeschätzt wird, muss auch die Krankenversicherung noch alleine finanziert werden.

- Und der Sparstrumpf? Hoffentlich ist es einer und liegt wirklich unter der Matratze. Und hoffentlich reicht der Mut, den zu verheimlichen. Denn was auf der Bank liegt, das ist schon so gut wie weg. Bankgeheimnis? Doch nicht für die jämmerlichen Armen.

**Nun aber zu einer besonderen Unklarheit:**

Die Bundesagentur für Arbeit rät, die Listen so schnell wie möglich auszufüllen und zurückzuschicken. Wirklich? Nicht einmal darauf lässt sich eine eindeutige Antwort finden. Denn wer zu schnell reagiert, geht mindestens zwei Risiken ein, wie Experten meinen.

Das erste: Angaben von heute können bis zum Jahresende überholt sein. Und wer nicht ordentlich korrigiert, dem drohen erhebliche Konsequenzen.

Zweites Risiko: Eventuell noch vorhandene Vermögenswerte, ordentlich in den 16 Seiten aufgelistet, könnten bis zum Jahresende aufgebraucht sein. Vielleicht, weil sich der eine oder andere in seiner nachvollziehbaren Weltuntergangsstimmung sagt, ich verjubele die paar Euro bei Lastminute auf Mallorca. Aber das Alg II wird nach den Angaben von jetzt berechnet. Bis das Minus glaubhaft nachgewiesen und behördliches Misstrauen beseitigt ist, gibt's nix aufs Konto.

Also – nicht so schnell ausfüllen.

Ganz böser Rat, sagt die Behörde. Dann staut sich bei uns alles zum Jahresende und wir werden nicht fertig mit der Bearbeitung. Dann gibt es erst recht kein Geld.

Was ist nun richtig? Fragen über Fragen.

Ob Hartz, der sich diese bodenlose Grausamkeit ausgedacht hat, ob Clement, der sie genüsslich umsetzt und dabei die Sozialdemokratie in den Tod reitet (warum nicht auch die mitschuldigen Grünen?) oder Quoten-Ossi Tiefensee, der in der Hartz-Kommission brav alles abgenickt hat und jetzt ein bisschen entsetzt fragt, wie die Kommunen das finanzieren sollen – keiner wird je in die Lage der vorerst zwei Millionen Menschen kommen, denen zum vorletzten Hemd sogar noch das Kesselchen weggenommen wird. Aber dazu müssen sie auf dieser Seite weiterlesen. • **WART**

Von **HELMUT BRÄUER**

**V**or langer, langer Zeit lebte in den östlichen Wäldern und Sümpfen hinter dem finsternen Harz-Gebirge ein armer Mann mit seinem Weib und drei Kindern. Die Leute besaßen außer ihrer Laubhütte und einem Kesselchen über dem offenen Feuer nur zwei Hemden, mit denen sie ihre Blößen bedecken konnten. Weil sie sich vor dem Waldgetier ihrer Nacktheit schämten, konnten stets nur zwei aus der Familie zum Beeren- und Pilzesammeln den Unterschlupf verlassen, während die anderen in den Büschen sitzen und Körbe flechten mußten.

Eines Tages verkündete der König dieses Landes ein neues und wichtiges Gesetz, und weil seine Gesetze stets neu und wichtig waren, ließ er auch dieses in einer schönen großen Stadt mit glänzenden Türmen von einhundertunddreizehn gelehrten Männern abschreiben, damit es im Lande verteilt werden könne. Dieses Gesetz besagte, daß allen Landesbewohnern die Gnade zuteil werde, ein neues Hemd zu erhalten, wenn sie den Beweis zu erbringen vermöchten, daß sie weder silberne Kutschen mit 16 Pferden, Truhen voller Edelsteine und große Rinderherden besitzen. So voller Güte sorgte sich der weise König um seine armen Untertanen. Das Gesetz verlangte aber auch, damit kein Unterschleif oder anderweitiger Mißbrauch geschehe, daß die Bewohner ihre Bedürftigkeit erklärten, und wenn sie dies nicht exakt zu tun in der Lage seien, werde ihnen eine Steuer auferlegt oder ein überzähliges Hemd

genommen.

Bald eilten die ersten Boten mit dicken Bündeln durchs Königreich, um das Gesetz und die dazugehörigen Papiere zu verteilen. Freilich mußten sie dem Hof schon nach wenigen Tagen melden, daß die Leute in den östlichen Wäldern und Sümpfen weder des Lesens noch des Schreibens kundig seien und also mit dem neuen und wichtigen Gesetz nichts anzufangen wüßten. Mehrere Wochen berieten die Minister des Königs und kamen wiederum zu einem neuen und wichtigen Entschluß, der noch zur

viele Fuhrwerke nach, die mit Wein und Bier, saftigem Braten und knusprigem Brot beladen waren, damit sie in den östlichen Wäldern und Sümpfen nicht darben müßten. So voller Güte sorgte der weise König für seine gelehrten Männer. Nach Tagen der Mühsal des Wanderns kamen sie in den östlichen Wäldern und Sümpfen an. Auch den armen Mann in seiner Laubhütte mit dem Kesselchen über dem offenen Feuer fanden sie bald. Und sie halfen hier und halfen da, erklärten geduldig, drehten und wendeten die Artikel, leuchteten in

## Geschichte vom vorletzten Hemd

Stunde seiner Geburt verwirklicht wurde. Der König forderte die einhundertunddreizehn gelehrten Männer der großen Stadt mit den glänzenden Türmen auf, von ihren Familien, Verwandten, Bekannten und Freunden Abschied zu nehmen und sofort vor ihm zu erscheinen. Dann befahl er ihnen, ohne Säumen in die östlichen Wälder und Sümpfe zu ziehen und den dortigen Untertanen das neue und wichtige Gesetz zu verlesen und beim Ausfüllen der neuen und wichtigen Papiere zu helfen. Folgsam versprachen dies die gelehrten Männer, wie es viele bereits vor ihnen getan hatten, die noch immer in den östlichen Wäldern und Sümpfen tätig oder gar in der Ödnis schon jämmerlich umgekommen waren. Um ihren Eifer anzuspornen, ließ der König jedem der gelehrten Männer einen Sack mit Goldmünzen und Edelsteine übergeben. Und als sie sich auf den Weg gemacht hatten, schickte er ihnen

alle Winkel und legten die schwierigsten Stellen des Textes aus, wie getreue Helfer und Königsdienner zu tun pflegen. Schon am dritten Abend war das große Werk vollbracht. Zu ihrem schmerzlichen Bedauern, so meinten sie, müßten sie dem Manne kundtun, daß er – gemäß dem neuen und wichtigen Gesetz – eines der beiden Hemden abzugeben hätte, weil er im Besitz eines Kesselchens sei, was sie für unnütz hielten. Doch sie wollten ihm die Wahl lassen: Kesselchen oder Hemd. Der arme Mann nestelte an seinem Gewand herum. Sie warfen das Linnen zu den anderen auf einen der Wagen und lagerten sich zu fettem Mahl und kühlem Trunk. Der Mann indessen knirschte mit den Zähnen. Als bald aber kleidete er sich mit dem letzten Hemd und machte sich in der Dunkelheit davon, um sich mit anderen Leuten aus den östlichen Wäldern und Sümpfen auf einer Lichtung zu treffen und zu beraten, was künftig zu tun sei ...

Alltag – erlebt  
VON EKKEHARD FRITZ

## Kriminell

So, nun ist alles klar: Langzeitarbeitslose, diese Sozialschmarotzer, diese Assis, sind Kriminelle, vor denen sich der Staat schützen muss. Sie wollen sich einfach nicht einfügen in diesen rechtschaffenen Staat. Wozu gibt es denn die Polizei? Sie soll bald Sozialämter vor ungeduldierten, vielleicht sogar ungemütlichen Antragstellern schützen. Mit Waffengewalt? Na und? Die Arbeitslosen sind so frech, rafften sich hin und wieder zu Demos auf und schröpfen den armen deutschen Staat ab, der ja auf Geheiß der USA die heile Welt vor dem bösen Islamismus schützen soll und dabei einiges an Steuergeldern aufbringen muss. Also, ihr Schmarotzer, ihr rennt aufs Arbeitsamt betteln und zahlt keine Steuern. Ihr verweigert also die Unterstützung der Errichtung der Demokratie in Irak. Wie ich mich schäme. Nun sind Kontrollbesuch, natürlich im Sinne des Datenschutzes, in den Wohnungen Arbeitsloser angesagt. O Gott, wohin verstecke ich bloß meine Goldbarren?

## Vor der Kaufhalle

Ede war gerade drin im Extra-Markt, um fünf

Flaschen Bier zu holen, eine für sich, die anderen für Manne, Jimmy, Harald und Tommy, die gegenüber in der Grünanlage warteten. Ede war eben mal wieder dran. Das geht so reihum, ganz demokratisch. „Und?“, fragte Manne, nachdem er den ersten Schluck genommen hatte, den Ede, „warste auf'm Arbeitsamt gestern?“ „Hm“, raunte Ede. „Und?“ „Na nichts. Tröstende Worte. Und die Mahnung, ich solle mich selbst kümern.“ Abwinken. Ede nimmt einen Schluck. Und dann sagt er: „Bald dürfen wir ja Bay-risch lernen, ganz umsonst. Als Langzeitarbeitslose. Jetzt kommen die Bayern und erklären uns Oassis, wie man mit Hartz IV umgeht.“ „Tröstende Worte“ waren den Kumpels zu hoch. Sie hatten andere Themen. Einer jagte seinen Hund mit einem Ball über die Wiese, zwei stritten sich um 'ne Zigarette, einer pistete in die Hecke nebenan. Harald bemäkelte seine Frau, die zusammengekrümmt zwanzig Meter weiter auf einer Parkbank saß und argwöhnisch die Trinker beobachtete. Zeitvertreib eben. Gegenüber rasselten leere Einkaufswagen rein in die Kaufhalle und volle raus, deren Inhalte schnell in die Kofferräume großer Autos verstaubt wurden. Geht uns nichts an, dachte Ede. Nun war Manne dran, Bier zu holen. Der hatte aber kein Geld. Da gab es Krach in der Grünanlage.

Wie einst Hiob Schlag auf Schlag durch Boten die Kunde vom Verlust seiner Rinder, der Eselinnen, der Schafe, der Knechte, der Kamele und auch seiner sieben Söhne erreichte, erfährt der gemeine Ossi seine Katastrophen aus der Morgenzeitung oder aus den Abendnachrichten. Und wäre der Durchschnittsossi christlich geprägt, so würde er wehklagen: *Hat der Mensch nicht einen harten Dienst auf Erden, und sind seine Tage nicht wie die Tage eines Tagelöhners? Wie ein Knecht, der sich nach Schatten sehnt, und wie ein Tagelöhner, der auf seinen Lohn wartet, so habe ich gehaltlose Monate erhalten, und Nächte voll Unheil wurden mir zugeteilt. Wenn ich mich niederlegte, so sagte ich: Wann kann ich aufstehen? – Und der Abend zieht sich hin, und ich bin gesättigt mit Unrast bis zur Morgendämmerung ...* Tja, lieber Hiob, nichts Neues unter deines Gottes Sonne.

Ich beispielsweise konnte auch nicht einschlafen, als ich in den MDR-Abendnachrichten über die erste Leipziger Suppenküche für Kinder hörte. Wo sind wir hingeraten, was haben wir verbrochen, dass uns solches Elend ereilt?

Dabei hatte dieser Nachrichtentag schon genug Zorn erzeugt. Ich meine die Sache mit den westdeutschen Telekom-Beamten. Kein Weg führt zurück. Basta! Die Bayern bleiben – ich möchte nicht in ihrer Haut stecken. Aber wenn ich an die Demütigungen denke, vor denen jetzt ein Langzeitarbeitsloser steht, und ich wählen könnte, dann vielleicht doch.

Die dritte Nachricht in diesen 24 Stunden betrifft die zahnärztliche Versorgung. Und wie es der Zufall wollte, hatte ich für diesen Nachmittag einen Termin bei meinem Zahndoktor. Immer, wenn ich bei ihm auf dem Stuhl liege, das Absaugröhrchen an meinem Unterkiefer hängt und er mit Spiegel und Bohrer am Werkeln ist, agitiert er mich: Ich sei die einzige, die er wählen würde. Irgendeine Wahl

## Wie einst Hiob im Dauerstress

ist ja immer vor uns, für den Bundestag, den Landtag, für den Oberbürgermeisterposten; mein ansonsten prinzipiell wahlabsinent gewordener Zahnarzt spricht mir stets sein unerschütterliches Vertrauen aus und ärgert sich, weil ich es partout nicht genießen will. Das sei verantwortungslos. Wehren kann ich mich ja nie. Er aber lacht dann solange, bis ich mit einstimme.

Diesmal war alles anders. Mein Arzt – weiß im Gesicht, die personifizierte Wut – sagte knapp „Guten Tag“ und drückte mir noch im Wartezimmer ein Schreiben seiner Standesorganisation, der Kassenzahnärztlichen Vereinigung, in die Hand. Die hat für Sachsen und das I. Quartal eine Abnahme der Behandlungsfälle um 20 Prozent konstatiert und als Ursache

die Praxisgebühr erkannt, gegen die aber kein Wort in diesem Papier steht. Trotz dieses Rückgangs ist das Budget praxisbezogen um 8,59 Prozent überzogen worden, denn die Zahnersatz-Leistungen stiegen im Vergleich zum Vorjahresquartal um 13,3 Prozent. Logisch, diese Eile der Patienten. Keiner weiß, was nächstes Jahr passiert und was die Dritten dann kosten. „Oder wissen Sie vielleicht, wo Sie sich und für wie viel Sie sich zusätzlich versichern müssen?“, fragte mich mein Zahnarzt später und schimpfte auf dieses menschenfeindliche Chaotensystem, das allerdings von keinem Politiker zur Disposition gestellt werde. Es nähre die Bande ja ganz gut.

Ich las dann noch von einer Budgetüberschreitung bis Jahresende von vorausicht-

lich rund 30 Millionen Euro. Weshalb die Kassenzahnärztliche Vereinigung beschloss, den sächsischen Zahnärzten den Hahn abzudrehen. Sie formulierte es vornehmer: „den Trend zu stoppen“. So kam es zur Nachricht in der Morgenzeitung, dass alle Zahnersatz-Leistungen (außer Reparaturen) über das Budget hinaus nicht mehr honoriert werden. Das heißt, es gibt nunmehr „Sicherheitsabschläge von 60 Prozent“. Mit den Zahlen für das II. Quartal drohen weitere Sparmaßnahmen, nämlich „Sicherheitsabschläge für sämtliche Leistungen“. Ziel ist es, so wörtlich, „unbezahlte Leistungen vor deren Erbringung zu vermeiden“. Abgesehen vom unmöglichen Deutsch eine schier unvorstellbare Androhung für Patienten wie Ärzte.

Mein Zahnarzt jedenfalls fragt entnervt: „Soll ich ab August meine Praxis schließen? Oder soll ich lediglich Türdienst schieben und alle Kassen-Patienten abweisen? Denn wenn ich sie behandle, zahle ich sogar noch Strafe. Wo bleibt da die ärztliche Ethik? Ich habe doch Verantwortung. Aber das interessiert die da oben einen Scheiß.“

Wie schön wäre es, einfach nur einer biblischen Geschichte zu folgen, so hoffnungsfroh, aber eben leider auch so weltfremd: *Und der HERR wendete das Geschick Hiobs, als der für seine Freunde Fürbitte tat. Und der HERR vermehrte alles, was Hiob gehabt hatte, auf das Doppelte. Da kamen zu ihm all seine Brüder und all seine Schwestern und alle, die ihn früher gekannt hatten. Und sie aßen mit ihm Brot in seinem Haus, und sie bekundeten ihm ihre Teilnahme und trösteten ihn wegen all des Unglücks, das der HERR über ihn gebracht hatte ... Und er bekam vierzehntausend Schafe und sechstausend Kamele und tausend Gespanne Rinder und tausend Eselinnen. Und es wurden ihm sieben Söhne und drei Töchter geboren.*

• MAXI WARTELSTEINER



Das wäre ja dann vielleicht doch noch besser als gar keine Behandlung

Schon häufig wurden seit der Wende die Ostdeutschen über den Tisch gezogen. Dass dazu aber ostdeutsche „Volksvertreter“ den Ziehern sogar noch über den Tisch entgegenkriechen, ist doch nicht alltäglich. So geschehen durch die von der übergroßen Mehrheit der Bundestagsabgeordneten beschlossene Streichung des Verbots der Verwertungskündigung auf DDR-Mietverträge durch Aufhebung des Artikels 232 Absatz 2 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB). Diese Gesetzesänderung ist ein Bruch einer grundsätzlichen Regelung des völkerrechtlich geschlossenen Einigungsvertrages. Sie ermöglicht, auch jene Mieter, die bisher zwar höhere Mieten zahlen mussten, aber durch DDR-Mietverträge vor Verwertungskündigung geschützt waren, aus ihren Wohnungen oder Häusern zu vertreiben, die Alteigentümern rückübertragen oder von Käufern erworben wurden. In mehreren ostdeutschen Landtagen hatten in der Vergangenheit PDS-Fraktionen angefragt, wo denn durch fehlende gesetzliche Regelungen der beabsichtigte Abriss eines Hauses über lange Zeit verzögert bzw. unmöglich wurde. Doch die jeweiligen Landesre-

gierungen konnten keine Beispiele erbringen. Dafür gab es lange vorher in den Ländern Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt Grundsatz-Urteile, die ohne Gesetzesänderung die

Gebäudeabriss ermöglicht, wenn es dafür kommunale Stadtentwicklungspläne gibt. Entgegen allen Tatsachen wird in der Begründung zum Gesetzentwurf des Bundesrates an den

nach ihrer Entscheidung als Fehlschlag erwiesen. Dem Wohnungsleerstand kann damit nicht begegnet werden. PDS-Wohnungspolitikern hatten Recht mit ihrer Feststellung, dass nur ein

der Überwindung von massenhaftem Wohnungsleerstand in ost- und westdeutschen Städten kein Mieter bedroht oder allein gelassen fühlen darf.

Ein Abriss von begehrten und überwiegend bewohnten Gebäuden zum Zweck der besseren Grundstücksvermarktung in innerstädtischen Stadtteilen, wie dies durch die Gesetzesänderungen nicht ausgeschlossen wird, muss verhindert werden. Stattdessen müssen vor allem ostdeutsche Wohnungsunternehmen durch Schuldenerlass und Städte- sowie Wohnungsbauförderung in die Lage versetzt werden, die nicht vom Abriss betroffenen Wohnungen zu sanieren und darin befindliche Leerwohnungen den Mietern aus den zum Abriss vorgesehenen Wohnhäusern anzubieten.

Vor allem Wohnungsgenossenschaften und kommunale Wohnungsgesellschaften müssen weiterhin in der Lage sein, auch schwierige Sozialwohnungsprobleme für die Städte und Gemeinden bezahlbar zu lösen. Stadtumbauprogramme müssen gleichzeitig der Erneuerung dienen. Diese Republik braucht einen Aufbruch statt Abriss in Ostdeutschland und in betroffenen westdeutschen Regionen.

• SIEGFRIED SCHLEGEL

## Ostdeutsche Bundestagsabgeordnete sind über den Tisch gekrochen

**Aber Karlsruhe entschied: Streichung des Verbots der Verwertungskündigung auf DDR-Mietverträge nicht anwendbar bei Abriss wegen Wohnungsleerstand**

Auflösung von Mietverträgen bei Abriss wegen Leerstand ermöglichen. Soweit zur Vorgeschichte.

Zu Jahresbeginn hat jedoch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe seinerseits in einem Grundsatzurteil festgelegt, dass der Paragraph 573 Absatz 2 des BGB zur Verwertungskündigung bei Gebäuden, die zum Abriss vorgesehen sind, trotz Länder-Gesetzesänderung nicht anwendbar ist. Aber schon hat der Bundesrat auf Initiative Sachsens eine weitere Gesetzesänderung eingebracht: den Absatz 2 des Paragraph 573 durch einen weiteren Punkt zu ergänzen, der die Kündigung bei

Bundestag behauptet: „So konnten auszugsumwillige Mieter den Abriss in der Vergangenheit oftmals um Jahre verzögern. Zum Auffangtatbestand des berechtigten Interesses nach Absatz 1 § 573 gibt es zu den einschlägigen Sachverhalten bisher nur vereinzelt Rechtssprechung, die für Unternehmen und Vermieter keine hinreichende Rechtssicherheit bietet und die geplanten Stadtumbaumaßnahmen nicht hinreichend planbar macht.“

Es wird gelogen, wenn es darum geht, die ostdeutschen Normalbürger über den Tisch zu ziehen. Zudem: Die Streichung des Verbots der Verwertungskündigung auf DDR-Mietverträge hat sich nur wenige Monate

weiterer Baustein sozialer Grausamkeiten eingefügt wurde, der sich dank einer großen Bundestags-Koalition gegen die ostdeutschen Mieter, die kommunalen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften gleichermaßen richtet. Er kann dazu dienen, dass sich Bund und Länder aus der Förderung der Sanierung von Wohnungen gänzlich herausnehmen und einer grausamen Politik der „Entmietung“ Tür und Tor geöffnet ist.

Als bau- und wohnungspolitischer Sprecher der Leipziger PDS-Stadtratsfraktion und Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft der PDS erkläre ich: Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, dass sich im Prozess

Seit der Kulkwitzer See Mitte der sechziger Jahre geflutet wurde, ist dieses einstige Braunkohletagebau-Restloch einer der klarsten und saubersten Seen in Deutschland. Die Natur durfte sich zurückerobern, was der Mensch ihr genommen hatte. 1973 war die offizielle Eröffnung dieses seither nicht nur für Leipziger attraktiven Naherholungsgebietes. Vor allem den Einwohnern des Stadtteils Grünau, der 2001 seinen 25. Geburtstag feierte, ist der See zu einem Stück Lebensqualität geworden. Was war das für eine Freude, als 1972, noch im Vorfeld der Eröffnung, „Frieda“, ein alter Saale-Lastkahn, in mehreren Teilen nach Leipzig transportiert, wieder zusammengeschnitten und als moderne Schiffsgaststätte umgebaut wurde! Inzwischen durch Brand beschädigt und wieder instand gesetzt, gibt es ihn als italienisches Restaurant immer noch. Neben vielen Tausend Wasser- und Sonnenhungrigen, neben Bootsverleih, Wasserskianlage und Campingplatz fanden und finden auch Angler, Segler, Taucher, Triathlon-sportler, Amateurfunker Freizeit-, Trainings- und Wettkampfmöglichkeiten am und um den See. Doch nun scheint Gefahr im Verzug.

Wie real eine Gefahr ist, lässt sich heutzutage schon aus abwiegeln-den Sätzen erkennen. So äußerte Bürgermeister Tschense, zugleich Leipzigs Beigeordneter für Umwelt, Ordnung und Sport, sein Erstaunen, „dass die Grünauer Bevölkerung mit Ängsten und Sorgen die neuesten Aktivitäten am Kulkwitzer See verfolgt“. Erfahrung macht klug, Herr Bürgermeister. Noch dazu, wenn Sie schreiben: „Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass die Bemühungen um eine Fortentwicklung des Kulkwitzer Sees nur dann Sinn machen, wenn sie der Zukunft zugewandt sind und sich nicht auf ein ostalgisches Revival beschränken.“ Mit der Warnung vor einem Revival meint Tschense schlicht und einfach eine Wiederaufnahme, eine Neuauflage von DDR-Errungenschaften. So schlecht fanden die in diesem Fall die Grünauer aber wohl nicht. Wogegen Rathausbemühungen um immer irgendetwas Neues schon viel gekostet haben, zuletzt das Blaue Wunder, auf Jahrzehnte einen unökonomischen City-Tunnel, ein so sehr verkleinertes Stadion, dass sich niemand mehr dafür interessiert usw. usf. Aber wir wollen nicht ablenken.

### Zäune sperren Anwohner aus

Tatsache ist, dass Badegäste, Angler, Zelter oder einfach nur Spaziergänger bei der anstehenden Umgestaltung des Sees ihre Belange in Abseits rücken sehen, schon wegen des vielen Drahtes, der allerorten wächst und sie aussperrt. Dass andererseits am See einiges im Argen liegt, dass Vandalen hausen können, dass Uferbestimmungen ab-

## Kulkwitzer Naherholungsgebiet:

# „Ostalgisches Revival“?

Was findet Leipzigs Bürgermeister Tschense schlecht daran?



Foto: Elke Göbel

rutschen und dass der Cospudener See und andere dem Kulkwitzer See den Rang ablaufen, ist vielleicht eine Gefahr. Frank Albrecht, Sprecher des Kreisverbandes von Bündnis 90/Die Grünen, versucht seit einiger Zeit, die Interessen der Grünauer um ihren See zu bündeln. Die oben zitierten Tschense-Sätze stammen aus einem Antwortschreiben an ihn, in dem alles und nichts versprochen wird. Weshalb jetzt der Grünauer Dr. Kasek, Vorsitzender des Kreisverbandes Leipzig des Naturschutzbundes, seine Sachkenntnis entgegengesetzt. Das ist bitter nötig, auch weil Tschense arge Bedenken hat, es könnte sich ein

am See einiges auf die Beine gestellt. In puncto Vereinsleben und Bürgerbeteiligung ist der Kulkwitzer See nach wie vor von den neuen Seen in der Region Leipzig konkurrenzlos. Auch die Mitarbeiter des Zweckverbandes haben sich redlich bemüht. Dass sie dabei leider viele Dinge, vor allem den Vandalismus, nicht in den Griff bekommen haben, lag an der Führung des Zweckverbandes, und dessen Vorsitzender hieß bis vor kurzem Tschense. Mit hehren Willensbekundungen, weitgehend konzeptionslos herumlavierend und klare Festlegungen vermeidend, hat Herr Tschense den Mitarbeitern am

ihn sonst nur ein Privateigentümer hat. Der See ist aber nicht Privateigentum von Herrn Conrad, sondern Eigentum der Städte Leipzig und Markranstädt, und die müssen ihrer Verantwortung endlich gerecht werden. Es gibt am See viele Nutzer. Konflikte bleiben da nicht aus. Hier muss die Stadt moderieren und helfen, Lösungen zu finden. Herr Conrad kann das nicht. Er ist als privater Unternehmer vor allem an möglichst hohen Einnahmen interessiert und wird damit selbst Konfliktpartei. Ein wichtiger Konflikt, der sich gegenwärtig zuspitzt, besteht ja gerade darin, dass Herr Conrad, um Dauercampern und Ferienhausaussägen bessere Bedingungen zum Wohl seiner Einnahmen zu bieten, immer größere Flächen einzäunt und damit die Grünauer genau von den attraktivsten Flächen aussperrt, die Grünau am nächsten liegen. Die Proteste der Grünauer richten sich nicht dagegen, dass am See Neues geschaffen wird und werden soll, sondern dagegen, dass ihnen ein großer Teil der Uferregion, die direkt vor ihrer Haustür liegt, für die Naherholung genommen wird.“

### Anwohner unterschreiben gegen Ausgrenzung

Die Wirkung der vermeintlichen Placebo-Unternehmung wird Männer wie Tschense künftig noch einige Arbeit bringen. So wurde auf Initiative von Bündnis 90/Die Grünen im Grünauer WK 8 eine Unterschriftenaktion ins Leben gerufen, in der eingangs lakonisch festgestellt wird: „1973 – 2003: 30 Jahre Erholungsgebiet Kulkwitzer See“, um dann sehr sachlich fortzufahren:

**Nun gibt es da einen Antrag** einer engagierten Grünauerin (vergleiche Punkt 6 der Unterschriftenaktion), auf dem zu entsiegelnden Gelände der einstigen „Partytonne“ eine Gruppe von Tulpen- und Urweltmammutbäumen zu pflanzen. **Elke Göbel**, die zu diesem Zweck schon etliche Verbündete im Boot hat, wird jedoch vertröstet. Es gäbe ja noch keinen Bepflanzungsplan. Dabei ist ihre Argumentation so überzeugend: „Ein Tulpenbaum sieht einfach schön aus.“ Und: „Der Tulpenbaum zählt erdgeschichtlich zu den ältesten Baumarten.“

Ein Urweltmammutbaum erinnert an die Braunkohle: Er ist der wichtigste Baum der Wälder, aus denen die Braunkohle entstanden ist. ... So war es eine Sensation, als 1943 in einem abgelegenen Tal in China der Urweltmammutbaum entdeckt wurde.

Der Baum war aus gut erhaltenen Resten in den Braunkohleflözen längst gut bekannt und galt als seit Millionen von Jahren als ausgestorben.“

In Grünauer Gärten stehen übrigens schon einige. Zum Glück brauchte es dazu kein Rathausvotum.

dauerhaftes Bürger-Forum herausbilden. Denn im typischen Rathaus-Alleinvertretungsanspruch verunglimpfte er diese Bemühungen bereits als Placebo-Veranstaltung. Dr. Kasek schreibt – komplett nachzulesen in [www.kulkwitzersee.de](http://www.kulkwitzersee.de): „Viele Vereine und auch Geschäftsleute wie der inzwischen verstorbene Thomas Schlag, Betreiber der Partytonne, haben

See die Hände gebunden. Dass der damalige Geschäftsführer Bertholdt es nicht gewagt hat, ohne Marschbefehl von Herrn Tschense selbst das Nötige zu veranlassen, verstehe ich. Herr Tschense ist inzwischen von einem Extrem ins andere gefallen, indem er Herrn Conrad, einem privaten Unternehmer, fast so viel Handlungsspielraum übertragen hat, wie

**JÜNGSTE MELDUNG:** Leipziger dürfen am See nicht mehr zelten. Sie sollen zu Hause schlafen, wurde bereits mindestens einer kinderreichen Familie beschieden, die sich für die Sommerferien eine preisgünstige Finnhütte reservieren ließ und daneben noch ein Zelt aufstellen wollte. Der Platz soll frei sein für besserzahlende auswärtige Touristen ...

„2004: Der See ist immer noch Volkseigentum, kein Privatgelände. Was jetzt an Veränderungen am Kulkwitzer See passiert, mag auch die Zeit eine andere geworden sein, ist nicht mehr im Interesse dessen, wie der See einmal entstanden ist Anfang der 70er Jahre – ein Erholungsgebiet für ALLE.“

Bei allen notwendigen Veränderungen darf nicht vergessen werden, dass vieles am Naherholungsgebiet Kulkwitzer See durch unbezahlte Arbeit bereits in der DDR bis hin zur Gegenwart, ehrenamtliches Engagement und die Arbeit vieler Vereine geschaffen wurde. Die Bürger, deren Ideen, ehrenamtliche Arbeit und Schweiß das Naherholungsgebiet erheblich geprägt haben und immer noch prägen, haben es nicht verdient, dass sie jetzt aus den attraktivsten Gebieten direkt neben Grünau ausgesperrt werden.

Deshalb fordern die Grünauer, Anlieger, Besucher und Gäste des Kulkwitzer Sees von der Stadt Leipzig:

1. ALLE Wege am Kulkwitzer See müssen tagsüber offen und für ALLE Besucher nutzbar sein.
2. Dort, wo Absperrungen nötig sind, soll auf Zäune mit ‚Gefängnisblick‘ verzichtet und es sollen standortgerechte einheimische Sträucher eingesetzt werden, um den Anblick der Zäune zu ‚entschärfen‘. Dort, wo Zäune unverzichtbar sind, sollen diese mit Kletterpflanzen ‚getarnt‘ werden. Die Weißbuchen, die einzelne Strandabschnitte darstellen sollen, müssen gepflegt und regelmäßig kurz geschnitten werden.
3. Sanitäranlagen müssen instandgesetzt werden und für ALLE Besucher des Sees zugänglich sein.
4. Der Bootsverleih Wittig am Kulkwitzer See muss für attraktive Freizeitgestaltung erhalten bleiben.
5. Ein kostengünstiges Getränke- und Imbissangebot muss erhalten bzw. neu geschaffen werden.
6. Nach Abriss der Gaststätte Partytonne befürworten wir die Gestaltung des Geländes zu einer besonderen Grünfläche.
7. Die Öffentlichkeitsarbeit muss verbessert, die Leipziger besser über Veränderungen am Kulkwitzer See informiert werden z. B. über die Instandsetzung des ‚Roten Hauses‘ in absehbarer Zukunft.
8. Die Arbeit der Rettungssanitäter am Rettungsturm muss entsprechend den Anforderungen unterstützt und gewährleistet werden.

Nichts, was nicht zu unterschreiben wäre (über 1500 Grünauer taten es ja auch schon). Eigentlich alles selbstverständlich. Vorausgesetzt, man akzeptiert die Hauptsache: Der See ist Volkseigentum, gehört allen, muss für alle offen und nutzbar sein.

Wenn das aber ein „ostalgisches Revival“ ist, ja dann ...

• M. W.



## Der Heuchler

Zur Kritik des sächsischen Ministerpräsidenten an der „herzlosen Politik“ der Bundesregierung im Zusammenhang mit Hartz IV erklärt der Vorsitzende der sächsischen PDS-Landtagsfraktion, Prof. Dr. Peter Porsch:

*Herr Milbradt versucht aus wahltaktischen Gründen davon abzulenken, dass er einer der maßgeblichen Architekten dieser sozial- und arbeitsmarktpolitischen Fehlkonstruktion Hartz IV ist. Er hat im vergangenen Jahr im Bundesrat Hartz IV zugestimmt und damit die Weichen für die seither eingetretene verhängnisvolle Entwicklung gestellt. Von 331 Euro im Monat kann man kein menschenwürdiges Leben führen. Diese Zumutung aber ist der Kern dieser „Reform“, die deshalb so schnell wie möglich vom Tisch muss, bevor sie allein in Sachsen Hunderttausende Menschen in die Armut führt.*

*Wer wie Herr Milbradt seit Jahren für Niedriglohnsektor, Lohnsenkungen und ostdeutsche Sonderzonen mit nahezu rechtlosen Beschäftigten wirbt, sollte darauf verzichten, über „herzlose Politik“ zu schwadronieren. Seine Politik verkörpert zugleich Herz- und Phantasielosigkeit. Auf die verabreichte Dosis Heuchelei kann dieses Land verzichten. Statt dessen brauchen wir echten und nicht nur kosmetischen Widerstand gegen Hartz IV.*

# Für ein Bündnis wider Hartz IV

## Die PDS-Landsvorsitzende auf Tour durch Sachsen

LN. Die Vorsitzende der PDS Sachsen und Landtagskandidatin Dr. Cornelia Ernst startete am Montag eine Tour durch Sachsen, mit der sie auf die Auswirkungen des Hartz IV-Gesetzes im Lande aufmerksam machen und Alternativen aufzeigen will.

Ihr erklärtes Ziel ist die Schaffung eines landesweiten Bündnisses gegen Hartz IV und den in Sachsen stattfindenden Sozialabbau. „Deshalb will ich ins Gespräch kommen mit Verbänden, Vereinen, Initiativen“, äußerte sie dazu. Mit öffentlichen Aktionen vor Ort, wie Informationsständen vor den sächsischen Arbeitsagenturen und Gesprächsforen, will sie die fatalen Wirkungen des Gesetzes aufzeigen. „Es kann nicht sein, dass durch Hartz IV, aber auch durch Verlautbarungen des sächsischen CDU-Wirtschaftsministers Gillo, den Kündigungsschutz zu unterlaufen und abzubauen, die letzten sozialen

Standards in Sachsen aufgebrochen werden.

Die PDS lehne Hartz IV ab, • weil damit Armut produziert wird, vor allem im Osten – 20 Prozent der Arbeitslosengeldbezieher werden gar nichts mehr bekommen, Kinderarmut durch Elternarmut wird schlagartig anwachsen, • weil keine neuen Arbeitsplätze damit entstehen, im Gegenteil, mehr Arbeitsplätze wegbrechen,

• weil in Sachsen damit die Kaufkraft um 500 Millionen Euro sinken wird, • weil mit Hartz die betroffenen Menschen einen Offenbarungseid zu ihrem Hab und Gut abgeben müssen und der Datenschutz verletzt wird. Die PDS-Landesvorsitzende ruft deshalb auf zu einem landesweiten Bündnis gegen eine solche Politik, die von der SPD befördert und von der CDU wärmstens unterstützt wird.

**Die Tour** von Cornelia Ernst führt von Dresden (2. August) über Zschopau (3.), die Oberlausitz (4.), Plauen (5.), Chemnitz (6.), Dresden (9., gemeinsam mit der Landtagskandidatin Katja Kipping), nach Leipzig (11.), dann voraussichtlich in den Muldentalkreis (12.), weiter nach Meibitz (13.), Geringswalde und Mittweida (16.), Großenhain und Riesa (17.), Torgau (18.), Döbeln (19.) und in den Niederschlesi-

schen Oberlausitzkreis/Weißwasser (20.), Freiberg (25.), evtl. in den Weißeritzkreis (26.) und zurück nach Dresden (27. und 31.) In **Leipzig** (Donnerstag, 11. August): **9 Uhr** Infostand vor der Arbeitsagentur in der Georg-Schumann-Straße, anschließend Informationsgespräch im Erwerbslosenzentrum in den Gohlis-Arkaden, Georg-Schumann-Straße 50, **16 Uhr** Infostand in Connewitz.

**Die Bundesbehörde handelt im Stil einer klassischen Kolonialmacht:**

*Erst werden die eigenen Truppen geschickt und fürstlich versorgt und nach einem Jahr wird geguckt, ob sich eventuell Eingeborene in deren Uniformen pressen lassen. Eine solche Handlungsweise ist an Arroganz nicht zu überbieten und zeugt im Übrigen von mangelnder Geschicklichkeit. Bisher musste sich noch jede Kolonialmacht zurückziehen.*

Peter Porsch, Vorsitzender der PDS-Landtagsfraktion, zum Festhalten der Bundesagentur für Arbeit, an der Entsendung von 800 hochbezahlten westdeutschen Beamten als „Hartz-Vollstrecker“ in den Osten

## Polizeireform wird teuer

LN. Nachdem im vorigen Jahr noch davon die Rede war, dass die geplante Polizeireform in Sachsen 14 Millionen Euro einspare, weist der PDS-Innenpolitiker Steffen Tippach darauf hin, dass die Verantwortlichen im Innenministerium nun festgestellt haben: Das Ganze wird richtig teuer. Bauliche Veränderungen, Umzugskosten, technische Neuausstattung, Gebäudenachnutzung, die Umschaltung von Notrufnummern und vieles andere werden Unsummen verschlingen. Polizeieinern wird mit einem zusätzlichen Aufwand von 40 bis 50 Millionen Euro gerechnet, im schlechtesten Fall befürchtet das Ministerium ein dreistelliges Millionendesaster. Nicht ohne Grund weigere sich

Innenminister Rasch bisher, so Tippach, konkrete Zahlen für die kommenden Haushaltsjahre zu nennen. Der Öffentlichkeit und dem Parlament solle nach den zahlreichen Skandalen im Innenressort zumindest bis zum Wahltag vorenthalten werden, dass die selbsternannte „Partei der inneren Sicherheit“ nicht mehr zu einer seriösen Sicherheitspolitik in der Lage ist. Woher die nötigen Mittel kommen sollen, deutete sich an. Nachdem schon in diesem Jahr das Geld für den dringend benötigten Digitalfunk für Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz gestrichen wurde, hat Finanzminister Metz die Streichung von weiteren 2100 Polizeistellen angedroht.

## Entlastende Fakten oder Rücktritt!

LN. Der Vorwurf, dass die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion als Bürgermeisterin gezielt Fluthilfegelder zum persönlichen Vorteil zweckentfremdet hat, stehe seit Monaten unwiderlegt im Raum. Das erklärte der stellvertretende Vorsitzende der PDS-Landtagsfraktion, Klaus Tischendorf, anlässlich der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft gegen die CDU-Landtagsabgeordnete Kerstin Nicolaus wegen Subventionsbetrugs und Untreue im Zusammenhang mit der Verwendung von Fluthilfegeldern. Den Vorwurf hatten zunächst Prüfer des Rechnungshofes erhoben, jetzt sieht die Staatsanwaltschaft ausreichend Anhaltspunkte für Straftaten. Wir haben, so Tischendorf, von Frau Nicolaus verlangt, diese Vorwürfe durch konkrete Fakten zu widerlegen – dies hat sie bis heute nicht getan. Selbstverständlich gelte auch für Politiker bis zum Abschluss eines rechtsstaatlichen Verfahrens die Unschuldsvermutung, wer aber ein öffentliches Amt bekleidet, müsse dem Anschein des Amtsmissbrauchs entschieden entgegenreten – dies sei nicht geschehen. Die CDU, die das Land in knapp anderthalb Jahrzehnten Alleinherrschaft mit schwarzem Filz überzogen habe, halte es offenbar nicht für nötig, für Aufklärung zu sorgen, und Ministerpräsident Milbradt versuche erneut, die Folgen des CDU-Filzes einfach auszusitzen. Sollten die Vorwürfe nicht entkräftet werden können, müsse Kerstin Nicolaus als Bürgermeisterin zurücktreten und ihr Landtagsmandat niederlegen sowie auf eine erneute Kandidatur verzichten.

### 20. Juli

**Dresden.** Der Freistaat Sachsen, der von der inzwischen insolventen Qualifizierungsgesellschaft QMF 25 Millionen Euro zweckentfremdet und verschwendeter EU-Fördermittel zurückverlangt, kann kaum auf die Erfüllung seiner Forderungen hoffen. Der Insolvenzverwalter bezweifelt, dass sie berechtigt sind. Das Wirtschaftsministerium hatte um die Manipulationen gewusst.

### 22. Juli

**Machern.** Nach Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft hat der vom Dienst suspendierte Bürgermeister Ralf Ziermeier mittels einer überhöhten Rechnung für einen Stadionbau die Villa seiner Schwiegereltern im Ortsteil Gerichshain mit rund 767.000 Mark Steuermitteln finanziert.

### 23. Juli

**Kamenz.** Nach Mitteilung des Landesamtes für Statistik sind für die Landtagswahl am 19. September 13 Parteien zugelassen: CDU, PDS, SPD, FDP, Die Grünen, Tierschutzpartei, Bürgerrechtsbewegung Solidarität, NPD, DSU, Partei

## SACHSEN-CHRONIK

20. Juli bis 2. August

Bibeltreuer Christen, Deutsche Gemeinschaft für Gerechtigkeit, Graue Panther und Aufbruch für Bürgerrechte, Freiheit und Gesundheit. Die Partei Rechtsstaatliche Offensive und die Familien-Partei Deutschlands wurden nicht zugelassen.

**Dresden.** Laut einer Ennid-Umfrage könnte die regierende CDU bei der Landtagswahl mit rund 50 Prozent gegenüber 1999 und auch gegenüber der vergangenen Umfrage 7 Prozent verlieren. Die PDS erhalte danach 23 (+1) und die SPD 10 Prozent. Grüne und FDP liegen nahe der 5-Prozent-Hürde.

### 27. Juli

**Leipzig / Dresden.** Wie das Landeskriminalamt Sachsen mitteilt, wird seit Oktober vorigen Jahres gegen 70 Mitglieder einer Bande von Rauschgifthändlern

ermittelt. Mit acht Festnahmen habe die Sonderkommission einen Schlusstrich unter die Ermittlungen ziehen können. Insgesamt wurden 15 Personen verhaftet. **Bonn / Leipzig.** Die Deutsche Post will in Sachsen weitere 64 eigenständige Filialen schließen und sie als Geschäftsstellen in Supermärkten, Schreibwarengeschäften, Reisebüros usw. fortführen.

### 28. Juli

**Dresden.** Der seinerzeitige Referent im Wirtschaftsministeriums Adolf Sigl brüskiert den Sachsenring-Untersuchungsausschuss des Landtags mit demonstrativ unzureichender Vorbereitung und gehäuften Aussagelücken zu von ihm selbst bearbeiteten Vorgängen im Zusammenhang mit der Insolvenz der Sachsenring-AG.

### 30. Juli

**Dresden.** Mit dem Entfernen der letzten Gerüste ist der äußere Wiederaufbau der Frauenkirche abgeschlossen. Bis zur Einweihung im Oktober 2005 erfolgt der Innenausbau mit Ausmalung der Kuppel und Restaurierung des barocken Altars sowie dem Einbau der Orgel.

### 30. Juli

**Zwickau.** Die Staatsanwaltschaft beginnt Ermittlungen gegen die CDU-Landtagsabgeordnete Kerstin Nicolaus wegen Betrugs- und Untreueverdachts. Sie steht im Verdacht, als Bürgermeisterin von Hartmannsdorf Hochwasser-Hilfsgelder missbräuchlich, zum eigenen Vorteil verwendet zu haben. (S. o.)

### 1. August

**Leipzig.** Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund wächst durch Anschluss der sächsischen Kreise Döbeln, Muldentale und Torgau-Oschatz sowie der sachsenanhaltischen Regionen Burgenland und Weißenfels. Zugleich werden die Tarife um durchschnittlich fünf Prozent angehoben.



Vor 100 Jahren wurde Werner Seelenbinder geboren

## Seine Mörder lebten in der BRD unbeschwert

cher Deutscher Meister im Halbschwergewicht und Olympiavierter von Berlin 1936 – am 5. September 1944.

Seit 1928 KPD-Mitglied, leistete er aktiven Widerstand als Kurier der illegalen KPD. Sterben musste er, so steht es im Todesurteil, weil er dem illegal in Deutschland agierenden Komintern-Instrukteur Alfred Kowalke Quartier und (Verhaftungs-)Schutz gewährte. Nach einem Jahr KZ-Haft und Folter war Seelenbinder von einstmalig 90 auf 60 Kilo abgemagert und körperlich nur noch ein Schatten seiner selbst. Über sein Inneres mag der nachstehend dokumentierte Brief vom 24. Oktober 1944, dem Tag seiner Hinrichtung, an seine Liebsten Zeugnis ablegen:

„Die Stunde des Abschieds ist nun für mich gekommen. Ich habe in der Zeit meiner Haft wohl alles durchgemacht, was ein Mensch so durchmachen kann. Krankheit und körperliche und seelische Qualen, nichts ist mir erspart geblieben. Ich hätte gerne gemeinsam mit Euch, mit meinen Freunden und Sportkameraden die Köstlichkeiten und Annehmlichkeiten des Lebens, die ich jetzt doppelt zu schätzen weiß, nach dem Krieg mit Euch

Als die Helden um Stauffenberg noch innig auf ihren Führer und den Endsieg setzten, war Werner Seelenbinder für die Faschistenclique schon ein rotes Tuch. Hatte er sich doch bereits 1933 geweigert, während der Siegerehrung zu einem deutschen Meistertitel die Hand zum Hitlergruß zu heben. Das kostete ihn „nur“ eine 16-monatige Trainings- und Wettkampfsperre. Zum Tode verurteilt wurde der Ringer – Arbeiterolympiade-Sieger 1925, mehrfa-

erlebt. Es waren schöne Stunden, die ich mit Euch verlebt habe, und ich habe in meiner Haftzeit davon gezehrt und mir diese herrliche Zeit zurück gewünscht. Das Schicksal hat es nun leider nach langer Leidenszeit anders bestimmt. Ich weiß aber, daß ich in den Herzen von Euch und auch bei vielen Sportanhängern einen Platz gefunden habe, den ich immer darin behaupten werde. Dieses Bewußtsein macht mich stolz und stark und wird mich in letzter Stunde nicht schwach sehen.“

Am 2. August 2004 jährte sich Werner Seelenbinders Geburtstag zum 100. Male. In der DDR trugen zahlreiche Straßen, Plätze, Schulen und Sportanlagen bis 1989 seinen Namen – viele von ihnen sind heute umbenannt. Aber das passierte schließlich nicht nur Seelenbinder. Der zweite Mord an diesen Helden hat hierzulande, in dieser sich demokratisch nennenden Gesellschaft, Methode.

Auch den „Werner-Seelenbinder-Turm“ des Leipziger Zentralstadions gibt es nicht mehr. Der in Stein gehauene Namenszug des Olympioniken und Kommunisten über dem Turmportal kam im Zuge des Stadionumbaus sozusagen ab-



handen. Der Turm heißt nur noch Glockenturm.

Außerdem weiß die Leiterin des Berliner Sportmuseums, dass Seelenbinders Rolle im Widerstand von der DDR überbewertet wurde. Klar, deshalb wurde er auch nur hingerichtet. Während die Schreibtischmörder, sein Ankläger und sein Richter, in der BRD ihre Karriere unbeschwert fortsetzen konnten.

Staatsanwalt Paul Picke, der mindestens zehn Menschen unter Fallbeil brachte, wurde schließlich Senatspräsident des Oberlandesgerichtes Saarbrücken. Aus dem Richter Wolfgang Münstermann, der mindestens 18 Menschen in den Tod schickte, wurde ein angesehener Rechtsanwalt in Celle. **• F. S.**



Ein Verein kämpft:

## Keine Hermes-Bürgschaften für Rüstungsexporte!

Stellen Sie sich vor, Sie wären Waffenhändler und Sie wollen Waffen oder andere Rüstungsgüter exportieren. Der Kunde kann aber vielleicht nicht zahlen und Sie haben Angst, dass Sie Ihr Geld nicht bekommen? Kein Problem! Dann beantragen Sie eine staatliche Hermes-Bürgschaft und im Fall des Falles erhalten Sie ihr Geld vom deutschen Steuerzahler.

### Was sind Hermes-Bürgschaften?

„Hermes“ heißt nicht nur der griechische Götterbote und der Gott der Kaufleute und Diebe. „Hermes“ ist auch der landläufige Name für eine Exportkreditversicherung, mit der Exporte gegen Zahlungsausfall versichert werden können. Die Hermes-Bürgschaft ist das wichtigste staatliche Exportförderungsinstrument: „Im Auftrag und für Rechnung der Bundesrepublik Deutschland“ bearbeitet die Euler Hermes Kreditversicherungs-AG in Hamburg federführend die staatlichen Ausfuhrgarantien und Ausfuhrbürg-

schaften. Deutsche Unternehmen erhalten hierdurch Deckungsschutz für politische und wirtschaftliche Risiken aus Exportgeschäften. Wenn ein ausländischer Kunde infolge von Krieg, Revolution, Embargo, Devisenknappheit oder Ähnlichem seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt, springt für ihn die Bundesrepublik Deutschland – sprich der Steuerzahler – ein, um den Exporteur vor Verlusten zu schützen. Ist der ausländische Kunde eine Privatperson oder eine nach zivil- oder handelsrechtlichen Vorschriften organisierte Gesellschaft, übernimmt die Bundesregierung die Deckung in Form einer Ausfuhrgarantie. Handelt es sich dagegen um einen Staat oder um eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, übernimmt die Bundesregierung die Deckung in Form einer Ausfuhrbürgschaft.

### Wer genehmigt Hermes-Bürgschaften?

Hermes-Bürgschaften werden deutschen Unternehmen auf Antrag gewährt. Über die Gewährung entscheidet ein „Interministerieller Ausschuss“ (IMA). Das federführende Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit entscheidet im IMA mit Einwilligung des Bundesministeriums

der Finanzen sowie im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Auswärtigen und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Neben Vertretern dieser vier Ministerien nehmen Vertreter von Wirtschaftsverbänden und Banken ohne Stimmrecht an den Beratungen teil und bringen die Interessen der Exportwirtschaft zur Geltung. Die Genehmigungen für Hermes-Bürgschaften müssen nicht veröffentlicht werden. ParlamentarierInnen können die Entscheidungen nicht direkt beeinflussen; sie erteilen stattdessen eine jährliche Blankozusage über die gesamte Deckungssumme.

### Hermes-Bürgschaften für Rüstungsexporte

Spätestens seit Mitte der 70er Jahre werden auch Rüstungsexporte mit Hermes-Bürgschaften staatlich abgesichert: Mit Hermes-Bürgschaften wurde sogar die Aufrüstung des Iraks unterstützt, etwa beim Bau von Saddam Husseins Atom-bunker oder bei der Weiterentwicklung der Scud-Raketen. Gleichermäßen abgesichert lieferte Deutschland im Jahre 1977 U-Boote an Argentinien. Es setzte eines dieser Boote später im Falkland-

Krieg gegen Großbritannien ein. Andere bekannt gewordene Beispiele von Hermes-Deckungen für rüstungsrelevante Exporte sind Ausrüstungen für ein Marinezentrum in den Vereinigten Arabischen Emiraten, Schnellboot-Ersatzteile für Kuwait, Notstromanlagen für Kasernen im Iran, Motoren für philippinische Patrouillenboote, Mercedes-Militär-Unimogs und Fregatten für das türkische Militär. Außerdem gingen Lieferungen unter anderem nach Griechenland, Saudi-Arabien, Rumänien, Algerien, Ecuador und Indonesien (das zum Beispiel vertragswidrig Hermes-finanzierte Kriegsschiffe im Einsatz hat. 1993 protestierten Menschenrechtler und Rüstungsexportgegner sowie die damalige Oppositionspartei SPD gegen den Verkauf von 39 ehemaligen Landungsschiffen und Jagdkorvetten der Nationalen Volksarmee [NVA] an Indonesien durch die Regierung Kohl).

### Wir fordern:

- Ein generelles Verbot von Hermes-Bürgschaften für Rüstungsexporte.
- Ein Verbot von Hermes-Bürgschaften für Exporte, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können.
- Ein Erlöschen der Bürgschaft, wenn ein Gut von einem zivilen Empfänger militärisch genutzt wird.

Unterschriftenlisten sind zu bestellen bei: *Ohne Rüstung Leben* Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart per Tel.: 0711 608396 per Fax: 0711 608357 E-Mail: orl-info@gaia.de

# Grundsicherung. Arbeit. Neue Wege

Arbeit hat den Menschen erst zum Menschen gemacht. Aber menschenwürdiges Leben muss auch ohne Erwerbsarbeit möglich sein. Wenn es heute möglich ist, in großem Umfang lebendige Arbeit durch Maschinenarbeit zu ersetzen, so ist Erwerbsarbeit doch immer noch die wesentlichste Grundlage für die Existenzsicherung, für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, für ein Leben in Menschenwürde.

Wir wissen, dass die Erfahrung, nicht gebraucht zu werden, nicht nur ein existenzielles, persönliches Problem für viele Menschen ist. Die hohe Arbeitslosigkeit ist darüber hinaus schon längst ein gesellschaftliches Desaster. Es kann nicht unser Ideal sein, sich ein Arbeitsleben lang für wenig durchschaubare „wirtschaftliche Interessen“ anderer zu schinden, womöglich für einen unzumutbaren Lohn, stets von Kündigung bedroht und am Ende mit einer Rente „belohnt“, die vielleicht reicht, wenn man gesund bleibt, nicht jedoch, wenn man krank wird.

Wir wollen deshalb eine soziale Grundsicherung, unabhängig vom Leistungsvermögen des Einzelnen. Denn wir lehnen es ab, Menschen in „nützlich“ oder „nutzlos“ einzuteilen. Die soziale Grundsicherung wollen wir für alle hier lebenden Menschen, die über kein anderes Einkommen verfügen.

Arbeitslosigkeit ist jedoch für die meisten Menschen das drückendste Problem. Die Beschäftigung ist in Sachsen dramatisch gesunken – von 1998 bis 2002 sind 168 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren gegangen. Ohne Arbeit kann man heute seinen Unterhalt nicht mehr aus eigener Kraft erwirtschaften und nicht ungehindert am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Die hohe Arbeitslosigkeit ist ein Skandal, weil es Arbeit gibt, die getan werden müsste – nämlich dort, wo unser Gemeinwesen akute Probleme hat. Oder wollen wir weiterhin den „Pflegerotstand“ ertragen, der in Sachsen herrscht, wo die Menschen nach dem Prinzip „warm, satt, trocken“ betreut werden müssen und für das Gespräch mit dem Patienten nur wenige Minuten vorgesehen sind? Wollen wir weiterhin ertragen, dass an den sächsischen Schulen allein 2002/2003 13,4 Prozent aller Unterrichtsstunden ausfielen, u. a. weil Lehrerinnen und Lehrer „abgebaut“ wurden? (Wenn wir die Staatsregierung ungestört lassen, wird sie bis 2008 noch weitere 9007 Lehrerstellen vernichten.) Wollen wir weiterhin ertragen, dass unsere Theater- und Musiklandschaft verödet, weil man Künstler „wegspart“? Wollen wir weiterhin zusehen, wie Arbeitsplätze im ländlichen Raum verschwinden, weil Landwirte aufgeben, gleichzeitig aber immer mehr Nahrungsmittel nach Sachsen eingeführt werden?

Die hohe Arbeitslosigkeit in Sachsen ist ein Armutszeugnis für die CDU-Regie-

rung. Sie lehnt eine aktive Arbeitsmarktpolitik ab und setzt vorrangig auf die Kräfte des Marktes. Sie will die Aufhebung des Kündigungsschutzes und die Zerstörung des Flächentarifvertrages. Die CDU-Regierung zeigt damit ihre Unfähigkeit, neue sozial- und wirtschaftspolitische Wege zu gehen.

Die CDU und ihre Staatsregierung sind auf dem alten Holzweg: Längere Arbeitszeiten, Lohnverzicht, Überstunden ohne Bezahlung, weniger Lohn bei Krankheit, leichtere Kündbarkeit im Interesse einer vergötterten „unternehmerischen Flexibilität“, geringere Beteiligung der Arbeitgeber an den Sozialbeiträgen ihrer Angestellten, Einschränkung der betrieblichen Mitbestimmung – das sind Rezepte, mit denen die Konservativen in der Bundesrepublik seit über fünfzig Jahren aufwarten. Nie ist dem Kapital Arbeit billig genug. Immer weniger Menschen sollen immer noch mehr arbeiten, immer noch mehr ausgenutzt werden, und wer Arbeit hat, soll aus Angst vor Arbeitslosigkeit kuschen. Der traurige Rest wird der Gesellschaft als sozialer Pro-



blemfall oder sich selbst überlassen. Aber noch nie haben Arbeitgeber den Verzicht von Angestellten auf Lohn, Krankengeld oder andere verbrieft soziale Standards mit nennenswerten Neueinstellungen beantwortet. Auch in Sachsen nicht. Seitdem es unser Land gibt, stiegen die Arbeitslosenzahlen jährlich. Und das, obwohl seit 1990 über 1 Million Menschen, vor allem Jugendliche, Sachsen verlassen haben!

Wir sind dafür, Arbeit zu teilen – also Arbeitszeit bei Lohnausgleich zu kürzen. Das Land als Arbeitgeber sollte das vornehmen. Vorrangig sollen Unternehmen gefördert werden, die neue Arbeitsplätze schaffen und Jugendliche ausbilden. Unternehmen, die nicht ausbilden, sollen zahlen (Ausbildungsplatzumlage). Bei Förderungen sollen soziale Kriterien,

**EIN ANDERES  
SACHSEN  
IST MÖGLICH**

**Aus dem Wahlprogramm  
der PDS Sachsen  
zu den Landtagswahlen  
am 19. September 2004 (II)**

wie Maßnahmen zur Gleichstellung, Beschäftigung von Menschen mit Behinderung, Zahlung von Tariflohn oder Schaffung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen, berücksichtigt werden. Sächsische Unternehmen sollen nicht länger benachteiligt werden. Wenn das Land Aufträge vergibt, dann nicht nur an die Großen! Die Aufträge müssen „gestückelt“ werden, so dass sich auch kleinere Betriebe um sie bewerben können. Grundsteinlegungen, Bändchen durchschneiden und Sonntagsreden täuschen nicht darüber hinweg, dass es dem sächsischen Mittelstand alles andere als gut geht. Die Chancen für Sachsens Zukunft liegen in der Begeisterungs- und Bil-

braucht werden, die in Sachsen hergestellt wurden. Die Land- und Nahrungsgüterwirtschaft kann dafür ein Beispiel geben. So entstehen regionale Stoff- und Energiekreisläufe, die Umwelt wird weniger durch unsinnig lange Transporte belastet, auch die widerlichen Transporte lebender Schlachttiere werden weniger.

- Konzepte für regionale Wirtschaftskreisläufe scheinen uns vor allem geboten für die nachhaltige Entwicklung der Lausitz, des Südraums von Leipzig, des Vogtlands und des Erzgebirges. Die leistungsfähigen sächsischen Landwirtschaftsbetriebe können dort zu Ausgangspunkten für wirtschaftliche Entwicklung im ländlichen Raum werden.

- Wirtschaftspolitik muss in Sachsen endlich vernetzt werden. Sie darf nicht nur vom Wirtschaftsministerium, sondern muss gemeinsam mit den anderen Ministerien erarbeitet und von allen getragen werden.

- Projekte sind zu fördern statt Personen, vor allem Projekte, die dem Gemeinwohl dienen! Wir wollen Genossenschaften statt Ich-AGs! Wir verlangen öffentliche Beschäftigung zur Lösung sozialer, kultureller und ökologischer Aufgaben!

- Kleinen und mittleren Unternehmen muss mit Steuererleichterungen geholfen werden. Ihre Abhängigkeit von den Hausbanken ist zu beenden. Kurzfristige zinsgünstige Überbrückungskredite müssen bereitgestellt werden, damit größere Aufträge übernommen werden können. Eine Eigenkapitalhilfe für Existenzgründer und eine allen Unternehmen zugängliche „stille Beteiligung der öffentlichen Hand“ muss eingerichtet werden.

- In Regionen, in denen es nur wenig produzierendes Gewerbe gibt, sollen andere Möglichkeiten geschaffen werden, Gewinne zu erwirtschaften – beispielsweise durch den Tourismus, den Anbau und die Verarbeitung von nachwachsenden Rohstoffen sowie ihre ortsnahe Vermarktung.

Jeder, der für Sachsen Politik macht, soll begreifen: Wer die Qualität der Kinderbetreuung und der Schule, die Strahlkraft von Kultur und Kunst und die Vielfalt der Freizeitangebote beschränkt, macht unser Land unattraktiv für wirtschaftliche Unternehmungen, ruiniert die Lebensqualität und den Wirtschaftsstandort Sachsen.

Wir wollen nicht, dass Ostdeutschland wieder eine „Zone“, nämlich eine Billiglöhne-Zone wird. In Sachsen verdienen beschäftigte Frauen im Durchschnitt 984 – und Männer 1154 Euro – netto im Monat. Damit kann man wahrlich keine großen Sprünge machen. Ein Viertel der Familien in Sachsen können sich keinen Urlaub leisten. Wir lassen es nicht zu, dass die CDU den Bürgerinnen und Bürgern geringere Löhne und Gehälter in Sachsen als „Lösung“ der Probleme verkauft. Die Europäische Union muss durch eine alternative Politik als eine Chance für Sachsen und seine Nachbarn gestaltet werden. Daran wird die PDS Sachsen mitarbeiten. Europa wird nur gedeihen, wenn in absehbarer Zeit gleichwertige Existenzsichernde Löhne erreicht werden. „Sonderzonen“ verkommen und geben sich selbst auf. Zukunftsträchtiges siedelt sich dort nicht an.

## Fakten aus Sachsen

**Arbeitslose.** Seit Jahren liegt ihre Anzahl bei rund 400 000 – das sind rund 19 Prozent der Beschäftigten; in Ostsachsen, Erzgebirgsregionen und Borna ist es jeder Vierte.

**Ausbildungsstellen.** Nur jedem sechsten Schulabgänger, der sich um einen betrieblichen Ausbildungsplatz bewirbt, können die Arbeitsagenturen eine Stelle bieten.

**Landesflucht.** Die Wirtschaftslage veranlasst immer mehr Sachsen, ihrer Heimat den Rücken zu kehren. Die Bevölkerung ging seit 1989 um rund 700 000 zurück.

**Alterung.** Da vor allem junge Leute Sachsen verlassen und die Geburtenzahlen sinken, ist das Durchschnittsalter (42,3 Jahre) das höchste in einem Bundesland.

**Arbeitszeit.** In Sachsen arbeiten die Arbeiter und Angestellten jährlich im Schnitt 1430 Stunden, während es in den westlichen Bundesländern rund 100 weniger sind.

# Kunst überlebte

Palast der Republik – schaurig-morbide Bühne für Terrakotta-Krieger des ersten chinesischen Kaisers

In einem asbestverseuchtem Gebäude wie dem ICC konnte man die kostbaren Tonkrieger selbstredend niemals Station auf ihrer Europatour machen lassen – ja



Blick ins Palast-Innere: ausge-schlachtet, Sterben auf Raten

Fotos: Wart



selbst nicht einmal ihre Kopien (denn die Originale dürfen zu Recht das Land nicht verlassen). Da kam der morbide „Charme“ dessen, was vom Palast der Republik bisher übrig bleiben durfte, den Veranstalter der Schau wohl sehr entgegen. Denn morbid ist ja auch die Sache mit den Soldaten, den Streitwagenlenkern, den Offizieren und den Pferden aus Ton, die vor über 2000 Jahren zu Tausenden zusammen mit den lebendigen kinderlos geblieben Konkubinen des Gründers des chinesischen Kaiserreichs sowie den Architekten des Sicherungsmechanismus des unterirdischen Palastes unter einem 115 Meter hoch aufgeschütteten pyramidenartigen Berg begraben wurden. Die Besucher strömen – ist ja auch einfacher, in den Berliner Palast zu fahren als in die chinesische Provinz Xian. Obwohl dort inzwischen schon Millionen aus aller Welt waren, um die 1974 zufällig von Bauern beim Brunnenbau entdeckten Original-Krieger zu sehen. 1200 wurden bereits ausgegraben. 7000 harren noch, ans

Tageslicht zu kommen. Wobei sie, das ist die Crux der Archäologen, ihren ursprünglichen bunten Farbanstrich beim Kontakt mit Sauerstoff verlieren und wieder die tönerner Farbe annehmen. Was ich – aber das zählt wohl nicht – sogar interessanter fand. Dazu diese Gesichter! Es soll keinen Zwilling geben. Jeder Soldat ist anders und jeder ist ein absolutes Meisterwerk der Töpferkunst. Schon wegen der Größe zwischen einsachtzig und zwei Metern. Und dann erst die Pferde und die beiden bronzenen Vierergespanne ... Welche Pracht, diese etwa 150 Krieger, die in Berlin zu sehen waren. Wie muss da erst die ganze Armee wirken, die den Kaiser ins Reich des Todes begleitete! Die Überlebenden fanden das kaiserliche Tun damals wohl nicht so gut. Kaum, dass Qin Shi Huang Di gestorben war, brach ein riesiger Bauernaufstand aus. Der König der Könige hatte das von ihm vereinigte Land mit sei-

ner aufwändigen Totenstadt – wo 36 Jahre lang bis zu 700 000 Männer gleichzeitig fronten, statt zu säen und zu ernten – in tiefstes Elend gestürzt. Nichts unter Sonne ändert sich wirklich. Auch nicht, dass die da oben nur solange treiben können, was sie wollen, bis die Kräfte aufgezehrt sind und die da unten nicht mehr mitmachen.

• M. WARTELSTEINER



## Liebe Freunde der Landgemeinde,

der alte Meisterbauer war mit Familie auf der Landesgartenschau 2004 in Zeitz. Der alten, häßlichen Industriestadt Zeitz am Rande des Thüringer Beckens – jetzt ohne Industrie – scheint diese Landesausstellung gut zu tun. Hat doch Zeitz das schlechteste Image, was man sich denken kann. In der Nähe gelegen von dem ehrwürdigen Beamten- und Domstädtchen Naumburg, hinter dem häßlichen Weißenfels an der Saale, hat Zeitz unter der sogenannten „Wende“ mächtig gelitten. Die ZEKIWA-Brücke über die Weiße Elster hat es wohl auch nicht überlebt. Kranbau, Hydrierwerk und andere Betriebe gleich mit. Die Bockwurst kostete zu DDR-Zeiten konstant etwa 85 Pfennige, dann kam die bundesdeutsche, hochverschuldete, aber als stabil anerkannte D-Mark im Verhältnis zwei DDR-Mark zu einer D-Mark. Und jetzt kann man froh sein, wenn man eine Bockwurst auf der Landesgartenschau für 1,60 Teuro bekommt. Was ist das denn für ein Kurs, für ein Wechselverhältnis? Ist die Bockwurst jetzt so viel mehr wert? Oder von besserer Qualität? Oder aus dem Westen? Na, dann ist ja alles klar. Dann bezahlen wir mit unserer guten, alten Bockwurst eben deren Schulden mit, mit Mehrwertsteuer – versteht sich! Was dem alten Meisterbauern beim Begehen dieser Landesgartenschau zu Zeitz so alles in den Sinn kommt ... Neue Straßen braucht das Land! Straßen, die zur Landesgartenschau führen. Brücken über die Eisenbahn, über andere Straßen, Straßen, die die grüne Landschaft durchschneiden. Irreversibel. Mit

Unterbau, Packlager, Drainage, Leitplanken, Verkehrsleitrichtungen, raumfüllendem Kreisverkehr ... halt, den haben wir vermisst! Da müssen einige gut dran verdienen. Wenn schon keine Industrie mehr da ist, dann wollen wir wenigstens gute Straßen haben. Oder glaubt wirklich einer, bei derart aufgewerteter Infrastruktur kommen die Investoren in hellen Scharen? „Die Schönheit des Nützlichen!“ Eine neue und bemerkenswerte Tendenz ist dem aufmerksamen Betrachter, dem alten Meisterbauern, der ganz in der Nähe des altehrwürdigen Zeitz sein Praktikum absolvierte (und dabei Maßstäbe setzte, Spuren hinterließ ...) aufgefallen: Schön gestaltete Kräutergärten, Sonderkulturen, Lehrgärten, Parzellen mit seltenen Pflanzen, Bienenstöcke und ein Imkerhäuschen. Der Enkel des Meisterbauern hielt völlig verstört sein Langnese-Eis fest und den Mund geschlossen! Wegen der Bienen, die über einen Stachel verfügen und ganz echt sind. Auf einer Lehrtafel fanden wir den Satz, dass es gilt, die Schönheit des Nützlichen zu erkennen! Einverstanden. Ist das nun die Abkehr von den zerstörerischen Altachtundsechzigern, die Abkehr von der Frankfurter Schule, von Adorno? Zurück zur Natur? Zurück zu humanistischen Werten? Zurück zu germanischen Ursprüngen? Vielleicht – sinniert der alte Meisterbauer – brauchen wir den ganzen Mist

aus dem Westen gar nicht? Und keinen Investor, der das Geld mitbringt, was wir ihm erst über diverse Mechanismen nach Amerika geschaufelt haben? Brauchen wir vielleicht nur uns selbst? Unseren Fleiß, unsere Bescheidenheit, unsere Traditionen, unser Wissen, unsere Ahnen, Großeltern, Eltern, unsere verlotterte, verlutherte Dorfkirche, die seit hundert Jahren eine einfache, schmucklose Wehrkirche ist ... Brauchen wir die EU-Zuckerverordnung, die angeblich seit 1968 so segensreich wirken soll? Wahrscheinlich für die Eigentümer und Aktionäre von Südzucker! Die Zeitzer Gegend, erinnert sich der alte Meisterbauer, verfügt über gute, schwere Böden. Die Großbauern hatten zwei Pferdegespanne mit schweren Pferden vorgespannt (Kaltblut oder schweres sächsisch-thüringisches Warmblut), um die

Zuckerrüben vom Feld zu holen. Ein solches Kaltblut aus der LPG Kirchsteitz führte der jetzt so alte Meisterbauer als jugendlich-hoffnungsfroher Landwirtschaftslehre auf den Zeitzer Bahnhof, Güterbahnhof, oder die Verladerrampe, wo es die Vertreter der volkseigenen Tierzuchtinspektion, u. a. ein Herr Hilpert, in Empfang nahmen, um es als Schlachtpferd nach Belgien zu schicken. Darüber waren wir nicht gerade glücklich ...

Die Zuckerrüben kamen in die nahe gelegene Zuckerfabrik und wurden dort verarbeitet. Der Zucker wurde in der DDR verbraucht, auch exportiert. Davon haben wir gelebt, davon haben wir Lohn und Brot gehabt und der Staat seine Einnahmen, aus den betrieblichen Gewinnen.

Merkantilismus.

Und weiter?

Wenn wir Zeit und Geld haben, wollen wir gerne dem alten, häßl ... nein, wollen wir gerne dem Städtchen Zeitz mit all seiner ehrwürdigen Geschichte, der Moritzburg, dem unterirdischen Zeitz, dem Café Rosso und auch der interessanten, schön gestalteten Landesgartenschau unsere Aufwartung machen.

Dann schauen wir uns den Glöckchenstrauß, eine Weigela und die Rododendron-Züchtung Alpenrose in den Klinkerhallen an und erfreuen uns des schönen Wetters.

Vielleicht sehen wir uns und machen dann ein kleines Schwätzchen über die Zeiten und Gott und die Welt.

Bei einem Bierchen.

Das wäre doch was – oder?



Zeila, das nicht ganz tausendfüßlerische Maskottchen der Zeitzer Landesgartenschau

Euer alter Meisterbauer

Die Leipziger können sich Dauch während der Orchesterferien nicht über Mangel an anregenden Konzerten beklagen. Bis in die erste Juli-Woche waren in der Mendelssohn-Hochschule für Musik und Theater Prüfungskonzerte und Vortragsabende zu erleben. Dann warteten die Schauspielstudenten elf Tage lang mit der Meuterei auf der Bounty auf dem Gelände der Pferderennbahn auf. Noch ehe diese Sommertheater-Serie zu Ende ging begann der XIV. Internationale Johann-Sebastian-Bach-Wettbewerb und bot zehn Tage viele beeindruckende Leistungen. Am Tag nach dem Preisträger-

## Internationalität in den Sommerkonzerten

konzert eröffnete die von der Leipziger Hochschule mit der New Yorker Juilliard School zum 4. Male veranstaltete Internationale Sommer-Musikakademie Leipzig den bis zum 4. August andauernden Konzertreigen ihrer 73 Teilnehmer aus 25 Ländern Europas, Amerikas, Asiens und Australiens. Zudem finden dieses Jahr nun schon zum 25. Male im Juli und August die Montagskonzerte am Bachdenkmal oder bei schlechtem Wetter in der Thomaskirche statt. Schließlich bieten nicht nur die Thomas- und die Nikolaikirche sommerliche Orgelstunden.

Schon in den beiden Auswahlrunden des Bach-Wettbewerbes der Sänger, Organisten und Violoncellisten war manch Erstaunliches zu hören. Nach Pianisten aus Japan, Korea und auch aus China beginnen Studenten und junge Künstler aus Ostasien, sich auch als Organisten internationalen Ruf zu erwerben. Wenn sie diesmal noch keinen der drei Wettbewerbspreise gewinnen konnten, ist es nur eine Frage der Zeit, bis sie auch auf diesem Instrument zur internationalen Spitze aufschließen. Immerhin kam die 29-jährige Koreanerin In-Sun Kang neben drei Deutschen, einer Österreicherin und einem Franzosen in die Endrunde der besten sechs Teilnehmer. Während die deutschen Sänger den ersten und dritten Preis gewannen – den zweiten holte sich eine Norwegerin – kam keiner der deutschen Violoncellisten in die Endrunde.

Wie dieser Wettbewerb macht auch die vor allem von Joel Shapiro organisierte Internationale Sommer-Musikakademie deutlich, mit welcher Besessenheit, Energie und Ausdauer die Teilnehmer arbeiten. Da kann sich mancher deutsche Student ein Beispiel nehmen.

• WERNER WOLF

Die vom Leipziger Opernintendanten Henri Maier bei seinem Amtsantritt erbetene zweieinhalbjährige Schonzeit zum Aufbau eines Repertoires und eines entsprechenden Ensembles sind verstrichen. Die Bedingungen für das Wirken Maiers sind kompliziert. Uraufführungen wie die der Opern *Dienstag aus Licht* und *Freitag aus Licht* von Karlheinz Stockhausen und manche zu neuen Sichtweisen führenden Regiearbeiten hatten zwar während der elfjährigen Intendanz Udo Zimmermanns zu internationalem Aufsehen und Ansehen gesorgt, doch auch zu einer Dezimierung des Ensembles und zu einem beträchtlichen Besucherschwund geführt.

Bei der inzwischen größer gewordenen Geldnot in der Stadtkasse und den durch vielerlei Preiserhöhungen schmaler gewordenen Geldbeuteln der meisten Opernbesucher will es etwas heißen, wenn in den ersten beiden Spielzeiten unter Henri Maiers Direktion die Besucherzahlen wieder anstiegen. In der zurückliegenden Spielzeit gelang es zudem mit (wie einst) fünf Premieren auf der großen Bühne, vier in der Musikalischen Komödie und erstmals wieder vier im Kellertheater einige Vielfalt zu erreichen. Ein beträchtliches Finanzdefizit führt allerdings in der kommen-

## Licht und Schatten in Leipzigs Musiktheater

den Spielzeit wieder zu einer Reduzierung der Neueinstudierungen im Opernhaus wie in der Musikalischen Komödie.

Für das nach wie vor vorhandene starke Interesse der Leipziger an ihrer Oper spricht die Tatsache, dass die (leider nur) fünf Vorstellungen der *Trojaner* von Hector Berlioz trotz der fragwürdigen Inszenierung Guy Joostens die Kartenwünsche für dieses außerordentliche Werk nicht erfüllen konnten und weitere Aufführungen gefordert wurden.

Als überflüssige Belanglosigkeit erwies sich die erste Premiere eines zeitgenössischen Werkes in Maiers Amtszeit, die deutsche Erstaufführung der Oper *Flight* des Engländers Jonathan Dove. Auch Vincenzo Bellinis dramaturgisch dünne *Romeo und Julia*-Version bringt in der routinetaften, ziemlich einfallslosen Regie John Dews trotz beachtlicher sängerischer Leistungen kaum eine Bereicherung. So bleiben fürs Repertoire in dieser Saison die szenisch nur teilweise beeindruckende Inszenierung Wolfgang Engels von Giuseppe Verdis *Aida* und die

Übernahme von Guy Joostens Inszenierung des Mozartschen *Figaro* aus dem Jahr 1995 in der Flämischen Oper Belgiens.

Viel geredet und geschrieben wurde nun plötzlich über die gesundheitlichen und künstlerischen Probleme des Ballettdirektors Uwe Scholz, der mit seinen *Notizen I* nur einen zu drei Vierteln fertig gewordenen Ballettabend mit beeindruckenden Leistungen von Solotänzern auf die Bühne brachte.

In der jetzt von Dr. Bernhard Helmich geleiteten Musikalischen Komödie fanden Friedrich von Flotows unverwundliche *Martha* und Emmerich Kalmans auf alte Erfolgsrezepte gestützte *Gräfin Mariza* bei der großen Stammesbesucherschar, Michael O' Briens *Rocky Horror Show* bei der Jugend Beifall. Dagegen wirkte die aufgesetzte szenische Aktualisierung der *Blume von Hawaii* mehr gewollt als gekonnt.

Ungetrübte Freude lösten in der neuen Reihe „Oper am Klavier“ im Kellertheater die jeweils wenigen Aufführungen der selten gespielten Stücke *Die menschlichen Stimme* von Francis Pou-

lenc und *Das Telefon* von Giancarlo Menotti sowie der einst erfolgreichen, aber im 20. Jahrhundert aus dem Repertoire verschwundenen Opern *Das goldene Kreuz* von Ignaz Brüll, *Das Glöckchen des Eremiten* von Louis Aimé Maillard und *Una cosa rara (Eine seltene Sache)* von Vicente Martin y Soler aus. Diese Aufführungen bewiesen, wie dank kontinuierlicher Arbeit der als Spielleiterin und Regieassistentin engagierten Regisseurin Gundula Nowack ein wirkliches Ensemblespiel erreicht werden kann, die Sängerdarsteller ihre Spielfreude und Individualität im Dienste der Stücke einsetzen. Hans-Georg Kluges überlegene, meisterliche Gestaltung am Klavier lässt über ganze Strecken vergessen, dass die Stücke eigentlich ein Orchester fordern. Mit einfachsten szenischen Mitteln wird lebendiges Musiktheater geboten. Solche einst selbstverständliche, dem Werk dienende Kontinuität wäre dem Opernhaus für die künftige Arbeit zu wünschen und würde wohl für ansteigende Besucherzahlen sorgen.

• WERNER WOLF



Im Neubau des Stadtgeschichtlichen Museums Leipzig ist die erste Studioausstellung zu sehen. Im Untergeschoss des Hauses Böttchergäßchen 3 werden 40 Originalabzüge der Leipziger Fotografin Helga Schulze-Brinkop von Glasnegativen aus dem Atelier Hermann Walter (1838–1909) gezeigt. Zu sehen sind Fotos vom Bau des Völkerschlachtdenkmal 1900–1913, die im Auftrag der Baufirma Richard Wolle angefertigt wurden. Diese historischen wertvollen Fotodokumente befanden sich bis 1989 im Archiv des VEB BMK Süd. Nach der Privatisierung gab es dort die Anweisung, Altmaterial vor 1990 zu vernichten, die glücklicherweise nicht konsequent ausgeführt wurde. Dadurch wurden unersetzbare Zeitdokumente gerettet und gelangten auf verschiedenen Umwegen letztlich in das Stadtgeschichtliche Museum. Die Ausstellung ist bis zum 3. Oktober zu sehen, dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr.

## Geschichten aus dem Land Olympias

Als Souvenir von ihrem Leipzigbesuch letzters hat unsere Freundin Thoma eine Anthologie mit nach Hause genommen, die den diesjährigen olympischen Sommerspielen gewidmet ist. Ein Buch griechischer Gegenwartsautoren nach Athen tragen? Das macht deshalb Sinn, weil es diese Sammlung der vier Fünfteln in den zurückliegenden zehn zwölf Jahren mal hier mal dort publizierten Texte so nur in dieser deutschen Übersetzung gibt. Vier Beiträge wurden sogar eigens erst aus diesem Anlaß geschrieben.

Dass der Sport durchaus eine Kulisse sein kann, die Literaturwürdiges zulässt, beweisen die im Griechischen so wichtigen Namen wie Palamas, Mavilis, Einpirikos, Ritsos, Engonopoulos. Ein Wort wie zum Beispiel *Anmut* („die nur so lange andauert, wie die Leiber sie nicht wahrnehmen“) entfaltet bei ihnen noch die Strahlkraft, die

ihm einst die altgriechischen Hymnedichter verliehen haben. Aber wie könnte es anders sein, als dass für die griechische Literatur heute dasselbe wie für die Neuzeitliteratur im Ganzen zutrifft, nämlich das Überwiegen des Spielerischen und der Nichtigkeiten, mehr oder weniger amüsant. Das schlägt sich auch hier nieder.

Da begegnet man auf dem heiligen Athosberg dem jungen Nikodemos in Mönchskutte, aber nicht mit Jesulatschen, sondern „mit Adidasschuhen, luftgepolstert“. Hinter seiner Klostermauer traktiert er für sich zum Spaß den Basketball und beim Verfehlen des Korbes klagt er, wie schwierig doch die Dreierpunkte zu werfen sind, denn: „Dreifach ist auch der Herr und schwierig.“ (Jorgos Skambaronidis) – Adidasschuhe wünscht sich auch der kleine Manos, weil

„alle Kinder, die Adidas tragen, in die stärkste Mannschaft kommen“. Ob die Vorhaltungen des Großvaters, er habe immer nur barfuß gespielt und keiner habe es mit ihm aufnehmen können, tatsächlich den Ehrgeiz des Jungen beflügeln und ihn gerade deshalb zum Profi werden lassen? (Alki Zei) – Jäh endet der Traum vom Profi beim elfjährigen Petrakis, „einem Jungen mit lockigem Haar, funkelnden Augen und entschlossenen Gesten“. Als er sich unvorsichtig dem Bagger nähert, der auf dem Bolzplatz die Baugrube für ein neues Hochhaus aushebt, stolpert er und stürzt er sich zu Tode. (Vassilis Ioakim) – Nicht ganz so dramatisch ist das Los eines anderen Großstadtkindes, vom Zeitungsverkäufer aufgemuntert: „Warum schaut da denn so traurig, Kleines?“ Sie hatte einen Ball geschenkt be-

kommen, der nicht fliegen wollte, einen Ball wie eine Melone, einen Rugby-Ball. Aus einem Carepaket auf dem Sozialamt. (Eleni Trossi)

Na aber hallo, was sind denn das für Geschichten aus einem Land, das sich Spiele leistet und zur gleichen Zeit nicht ohne Sozialhilfe auskommt? Die Anthologie überrascht durch ihre bunte Vielfalt. Aber vermutlich sind es vor allem diese Geschichten, die unsere Freundin Thoma in ihrem epirotischen Dorf zum Besten geben wird. Denn dorthin wird sie flüchten, wenn es in Athen heißt: the show must go on.

• HORST MÖLLER

Niki Eideneier (Hrsg.): *Wort und Spiele. Sport und Literatur im Griechenland der Neuzeit. Eine Anthologie. Romiosini Verlag. Köln 2004. 339 S., 25,80 Euro.*

# „Ein anhaltendes, eindringliches Interesse“

*Anna Seghers, gesehen von Christa Wolf – Briefe, Gespräche, Essays*

Dieser nicht sehr umfangreiche Band eröffnet ein weites Problemfeld. Zu Sprache kommen die Beziehungen zwischen zwei großen deutschen Schriftstellerinnen unserer Zeit, genauer gesagt: Es wird vornehmlich Anna Seghers aus der Sicht Christa Wolfs dargestellt (nur in den Briefen Anna Seghers an ihre jüngere Kollegin wird der Blick auch auf diese gerichtet). Die Texte haben neben ihrer literaturgeschichtlichen Bedeutung auch eine höchst aktuelle. Wie man sich erinnern wird, ging gegen die Dichterin des *Siebten Kreuz* nach der Wende eine Flut von Anschuldigungen und Vorwürfen durch die Presse. Die Wogen haben sich inzwischen zwar geglättet, aber neuere Veröffentlichungen zeigen, dass sich manche bösen Vorurteile festgesetzt haben. Im Kontext der – inzwischen weit über die deutschen Grenzen hinausreichenden – Bemühungen, Anna Seghers Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, sind die Essays Christa Wolfs die wichtigsten, eindringlichsten, überzeugendsten.

Innerhalb der über vierzig Jahre gehenden Entwicklung, die der Band dokumentiert, hat sich die Konstellation zwischen Christa Wolf und Anna Seghers natürlich wesentlich verändert. 1959, zur Zeit ihres ersten Interviews, hatte sich Christa Wolf zwar bereits als Literaturkritikerin einen Namen gemacht, aber erst 1961 konnte man ein Buch von ihr, die *Moskauer Novelle*, lesen. Anna Seghers dagegen, fast dreißig Jahre älter, war Präsidentin des Schriftstellerverbands der DDR, durch *Das siebte Kreuz* weltbekannt und zweimal mit dem Nationalpreis ausgezeichnet – ein Abstand, der auch in den ersten Zeugnissen dieses Bandes noch spürbar ist. Im Jahre 2000 dagegen ist Christa Wolf inzwischen Autorin eines bedeutenden Werkes, mit internationalen Preisen, Ehrendoktoraten und Akademiemitgliedschaften vielfach ausgezeichnet. Umso mehr berührt, dass sich ihre von Verehrung und Liebe getragene Beziehung zu Anna Seghers nicht nur über alle Wechselfälle der Zeit behauptet, sondern noch vertieft hat.

Mit der ihr eigenen Fähigkeit zur kritischen Analyse und Selbstanalyse hat Christa Wolf die Entwicklung dieser Beziehung partiell bereits in ihren

Gesprächen mit Therese Hörnigk (1987/88) beschrieben: die frühe Verehrung für Anna Seghers, ja Faszination, dann im Prozess der eigenen Reifung die Notwendigkeit, „sich von innen her neu zu formieren, mit einem neuen Verständnis auch für die Widersprüche, Konflikte der älteren Generation“. Als, so Christa Wolf, die Zeit kam, „dass ich Dinge



So sah Harald Kretzschmar 1971 Anna Seghers ...

schreiben musste, die ihr fremd waren, oder Dinge tun musste, die sie nicht billigen konnte“, hätten sie beide darunter gelitten, aber ihr Verhältnis sei daran nicht zerbrochen.

Die Dokumente des Bandes belegen diesen Prozess nur zum Teil. Jener Aspekt, der die Profilierung Christa Wolfs betrifft, wird lediglich in Ansätzen berührt. Das betrifft beispielsweise die Vorgänge um das Buch *Nachdenken über Christa T.* – einschneidende Erfahrungen, die ihr, wie sie 1969 an Brigitte Reimann schrieb, das Grunderlebnis „die Hände weggeschlagen“ verschafften. Der Konflikt zwischen Seghers und Wolf, den die Ausweisung Wolf Biermanns auslöste, wird erst aus der Rückschau des Jahres 2000 erwähnt. Widersprüche zu Anna Seghers hat Wolf nie in offener Konfrontation oder Polemik ausgetragen, die Auseinandersetzung mit ihr ist integriert in den eigenen Reifeprozess. Ihr Verhältnis zu der Älteren beschreibt sie 1974 so: „Es ist der seltene Glücksfall, dass ein anhaltendes, eindringliches Interesse an einem von Grund auf anderen Lebensmuster mir erlaubt hat, Genaueres über mich selbst zu erfahren.“ Diesem Inter-

esse verdanken wir Essays, die zum Schönsten gehören, was über Anna Seghers geschrieben wurde.

Der von Angela Drescher herausgegebene und kundig kommentierte Band bietet das gesamte (oder fast das gesamte) die beiden Schriftstellerinnen betreffende Material erstmals in überschaubarer Form, ein gar nicht hoch genug zu schätzender Vorzug. Der Reichtum dieser Texte aus den Jahren zwischen 1959 und 2000 an Aspekten und Problemen ist zu groß, als dass er hier auch nur andeutungsweise wiedergegeben werden könnte. Man trifft in den Arbeiten Christa Wolfs auf Kenntnisse, die, aus einem gründlichen Studium des Seghersschen Schaffens, aus zahlreichen persönlichen Begegnungen wie auch aus der Eingeweihtheit in das schriftstellerische Metier erwachsen, nur ihr zur Verfügung standen. Den zu Lebzeiten der Seghers entstandenen Arbeiten ist abzulesen, dass sie, sich einem in der DDR dominanten



... und so 1988 Christa Wolf.

Aus: Von Angesicht zu Angesicht. Porträtkarikaturen. Eulenspiegel Verlag 1988

Trend widersetzend, gegen das „erbarungslose Scheinwerferlicht der offiziellen Glorifizierung“, wie sie es einmal nannte, anschreiben wollte. Ihr Seghers-Bild hat Gespür für die Größe von Mensch und Werk, aber auch für das Segherssche Geheimnis, den intimen Zauber, der diese Frau umgab. Eine enorme Energie gilt den Bemühungen, den Spuren ihres Lebens nachzugehen, wie sie in dem Essay über den Roman *Transit* sichtbar werden.

Die Texte dieses Bandes bieten sich in

einer ständigen Steigerung von Problembewusstsein, intellektueller Tiefe und emotionaler Intensität dar. Höhepunkte sind der Essay *Gesichter der Anna Seghers* von 1992 und die Ansprache zum hundertsten Geburtstag der Dichterin. Die Angriffe des Feuilletons und einer exaltierten Öffentlichkeit nach 1989 berührt Christa Wolf nur am Rande, ihre Überlegungen bewegen sich in einer ganz anderen Dimension. Erstmals in der Öffentlichkeit spricht sie jetzt über die Tragik im Leben der Seghers. Deren Quelle sieht sie in den Zerreißproben eines Jahrhunderts der Extreme, denen „Anna Seghers: Deutsche, Jüdin, Kommunistin, Schriftstellerin, Frau, Mutter“ immer wieder ausgesetzt war. Thematisiert wird besonders ihr Verhältnis zu Deutschland, das traumatische Erlebnis der Vertreibung ins Exil und der wohl nie wieder ganz geschlossenen Kluft zum eigenen, durch den Faschismus entstellten Volk. Christa Wolf fragt: „Warum konnte sie nicht unter ... großzügigeren Völkern zur Welt kommen, die sie erkannt, die sie geliebt hätten und auf ihre Weise hätten gelten lassen“ – eine wahrhaft bewegende Frage. Dahinter scheint eine Problematik auf, die bereits Anna Seghers beunruhigte; 1935, auf dem Pariser Kongress zur Verteidigung der Kultur, sprach sie über die deutschen Dichter Hölderlin, Kleist, Büchner, die sich an der gesellschaftlichen Mauer ihres Landes die Stirnen wundrieben. Das ist – so sieht es Christa Wolf – eine sich bis in die Gegenwart fortsetzende Konstellation, der auch Anna Seghers und letztlich sie selber ihren Tribut zu zahlen hatten.

Der Verfasser bittet um Nachsicht, dass er den – hier erstmals vollständig veröffentlichten – Briefwechsel zwischen Anna Seghers und Christa Wolf nicht mehr besprechen kann. Er ist ein Kapitel für sich, für das zu seinem großen Bedauern kein Raum mehr bleibt.

• **FRIEDRICH ALBRECHT**

Christa Wolf, Anna Seghers: *Das dicht besetzte Leben. Briefe, Gespräche und Essays*, hrsg. von Angela Drescher. Aufbau Taschenbuch Verlag 2003, 236 Seiten. Paperback, 7,95 Euro

## Texte wie ein guter Wein

Bob Strahl wurde nur 38 Jahre alt. Er starb 1997 an den Folgen einer Operation. Der Sohn des Bühnen- und Filmators Rudi Strahl hat der Nachwelt Nachdenkenswertes hinterlassen: Eine Sammlung heiter-ironischer bis melancholisch-bitterer Kurzgeschichten und Notate. Seine Frau Janine hat sich um die Herausgabe dieser Spiegelbilder des Zeitgeistes bemüht und konnte Hermann Kant für ein Vorwort und Manfred Bofinger als Illustrator gewinnen. Egal ob

es im *Sommerregen* um den Parteisekretär Blaschke geht, der eine Mücke erschlägt, oder in *Kabunke* um den gleichnamigen Pfortner, die Geschichten schwingen – augenzwinkernd – an der Groteske vorbei. Die Texte entfalten ihre Mehrdeutigkeit nicht auf dem ersten Blick.

Daneben gibt es Reflexionen des irdisch-komischen Lebens, kleine Notizen, hingehaucht, rasiertmesserscharf. Aphorismen runden die Sammlung ab. Der Leser sollte sich beim Genießen Zeit gönnen. Das Buch ist kein Durstlöcher, keine kalte Limonade, es ist wie ein guter Wein.

• **D. M.**

Bob Strahl: *Eine unsterbliche Seele*, Eulenspiegel Verlag, Berlin 2004, 192 S., br., 9,90 Euro

## Seitenlange Fehlpässe

Fußball aus Eulensicht? Intelligente ironische Vorlagen zur Freude der Fans zwischen Aue und Suhle? Obwohl die Eule auf dem Buchrücken hockt, wird ihr beschwingender Flügelschlag kaum spürbar. Das Spielsystem auf den 197 Seiten ist schwer zu erkennen: Defensives Sachbuch oder offensive Satire? Gelungenen Zügen (Karl Mickels Oden auf Dynamo Dresden, Mathias Wedels Phobie gegen das runde Leder, John Staves Rückblick auf Lichtenberg 47) folgen unübersehbare Fehlpässe, ob steil oder kurz. Zig Pfuirufe entfahnen dem gestandenen Lokanhang, wenn ihm sein ein-

maliges Stürmertrio Engelhardt, Frenzel und Zerbe (nicht Zerke!) zum FC Karl-Marx-Stadt entführt wird (S.25). Beinahe-Olympier vermuten einen weiteren Grund der IOC-Abfuhr in der Aussage des Buches, dass erst 2006 das Zentralstadion durch einen Neubau ersetzt werden soll (S.19), wo doch in der überdachten Schüssel schon monatelang ein Leutzscher Traditionsverein erfolgreich den Abstieg erspielt hat.

Herausgeber Frank Willmann scheint sich sein Werk der vielen Handschriften vor dem Druck nicht noch einmal gründlich angesehen zu haben. Anders

sind die zahlreichen Wiederholungen in den verschiedenen Beiträgen nicht zu erklären (so die Umsiedlung von Mannschaften der ersten Garnitur oder die Angst der Münchner Bayern-Spieler vor Giftmischerie bei ihren DDR-Auftritten). Auch so mancher Drang ins Abseits hätte zurückgepfiffen werden können.

• **WOLFGANG LUDWIG**

*Fußball-Land DDR. Anstoß, Abpfiff*, Aus. Herausgegeben von Frank Willmann. Eulenspiegel Verlag, Berlin 2004. 192 S., geb., 14,90 Euro

## KALENDERBLATT

Vor 120 Jahren geboren  
Richard Teichgräber

Richard Teichgräber, am 5. August 1884 in Dahlen als Sohn eines Webers geboren, ließ sich nach einer Schlosserlehre in Leipzig nieder. Hier trat er 1900 dem Deutschen Metallarbeiterverband (DMV) und 1906 der SPD bei. 1919 wurde er für die USPD als Stadtverordneter gewählt, eine Funktion, die er (ab 1922 für die SPD) bis 1925 ausübte. Zugleich war er von 1919 bis 1925 2. Vorsitzender des DMV in Leipzig und danach von 1925 bis 1933 Bezirksleiter des DMV in Sachsen. In dieser Zeit lagen in seiner Hand viele Arbeitskämpfe in Sachsen. Dem Kampf des DMV war es weitgehend mit zu verdanken, dass z. B. am 1. Oktober 1927 das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung in Kraft trat.

Nach der Machtübernahme durch die Nazis setzte Richard Teichgräber seine Gewerkschaftsarbeit illegal fort. Er half bei der Unterstützung der Familien inhaftierter Kollegen und knüpfte Verbindungen zu Gewerkschaftern in Sachsen und anderen Teilen Deutschlands. Es gelang ihm, Kontakte zu emigrierten Funktionären der Gewerkschaften und der SPD herzustellen und ihnen Berichte über die Lage in den Betrieben, die Stimmung in der Bevölkerung und die verstärkte Rüstung zukommen zu lassen.

Am 23. Dezember 1934 wurde Richard Teichgräber verhaftet und im April 1935 in das KZ Sachsenburg verschleppt. Hier folterten ihn die Nazis derartig, dass er das Gehör auf dem linken Ohr verlor. Im Dezember entlassen, wurde er bereits am 7. Januar 1936 erneut verhaftet. Am 6. Oktober wurde er gemeinsam mit sieben weiteren Funktionären des DMV wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ angeklagt und durch den Volksgerichtshof zu 3 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. Danach erfolgte seine Einlieferung in das Zuchthaus Zwickau. Nach der Haft wurde er in „Schutzhäft“ genommen und durch die KZ Buchenwald, Lublin, Auschwitz und Mauthausen geschleppt.

Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 fielen der Gestapo Listen in die Hände, auf denen auch der Name von Richard Teichgräber als Vorsitzender des DMV nach dem Umsturz vermerkt war. Das genügte den Faschisten als Begründung dafür, den aufrechten Gewerkschafter und Sozialdemokraten am 25. Februar 1945 in Mauthausen zu ermorden.

• DIETER KÜRSCHNER

Vor 90 Jahren

# „Keine parteipolitische Tätigkeit nach Ausbruch des Krieges ...“

Die Leipziger Arbeiterschaft und der drohende erste Weltkrieg (Teil 4)

Am 31. Juli 1914 – der Ausbruch des Krieges stand unmittelbar bevor – sagte sich der Parteivorstand der SPD in einem Aufruf an die Parteimitglieder von jeglicher Aktivität gegen den Krieg los und forderte Ergebenheit und Ruhe: „*Unbesonnenheiten, nutzlose und falsch verstandene Opfer schaden in diesem Augenblick nicht nur dem Einzelnen, sondern unserer Sache.*“

Am selben Tag verhängte in Leipzig der Kommandierende General den Kriegszustand über den Bezirk des XIX. Armeekorps. Es wurde angeordnet, „*alle Handlungen zu unterlassen, die geeignet sind, die Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu stören und durch Verhetzung und Irreführung der Bevölkerung Unruhen hervorzurufen.*“

Als eine der ersten Maßnahmen der Militärbehörde erfolgte das Verbot der für den 2. August vorgesehenen sechs Frauen-Friedenskundgebungen. Als die LVZ hierüber in ihrer Ausgabe vom 1. August berichtete, vermochte sie nur noch festzustellen: „*Der Kriegszustand ist verhängt... Der Inhalt unserer Spalten wird durch die Grenzen bestimmt, die uns die militärischen Verordnungen stecken... Wir bleiben dieselben – unsere Überzeugungen und unsere grundsätzliche Haltung sind durch nichts zu erschüttern. Wir werden unsere Pflicht tun, tut ihr die eure.*“ Jedoch bereits am Tag darauf waren in einem in der sozialdemokratischen Presse veröffentlichten Artikel von Friedrich Stampfer neue Töne zu hören: „*Wenn die verhängnisvolle Stunde schlägt, werden die vaterlandlosen Gesellen ihre Pflicht erfüllen und sich darin von den Patrioten in keiner Weise übertreffen lassen.*“

Am 1. August erklärte Deutschland Russland den Krieg. Am 3. August erfolgte die Kriegserklärung an Frankreich. Am 4. August überfielen deutschen Truppen Belgien. Am gleichen Tag trat England in den Krieg gegen Deutschland ein. Damit war der imperialistische Weltkrieg Wirklichkeit geworden.

Noch am 2. August, dem Tag der Mobilmachung, hatten sich in Leipzig zahlreiche zutiefst erregte Leipziger Sozialdemokraten in ihren Parteilokalen ver-

sammelt. Lange nach Mitternacht teilte ihnen ein Kurier mit, dass der SPD-Bezirksvorstand den Beschluss gefasst hat, die Tätigkeit in den Ortsvereinen auf ein Minimum zu beschränken. Dieser Beschluss wurde durch die rechten Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre derart rigoros durchgesetzt, dass der Leipziger Polizeibericht für das Jahr 1914 vermerken konnte: „*Von einer parteipolitischen Tätigkeit war nach Ausbruch des Krieges innerhalb der hiesigen Sozialdemokratie nicht mehr die Rede...*“

Die von den rechten Führern betriebene „Burgfriedenspolitik“ wurde durch die Staatsorgane wohlwollend begrüßt und zielstrebig gefördert. Der Jahresbericht des Polizeiamtes der Stadt Leipzig vermerkte dazu: „*Wenn zunächst bei Beginn des Krieges daran gedacht werden konnte, gewisse behördliche Sicherheitsmaßnahmen gegen-*

Funktionäre vorgaben, gegen den drohenden Krieg zu sein, vertraten vor allem diese mit der Mobilmachung bzw. dem Kriegsausbruch die Losung vom „*nationalen Verteidigungskrieg*“. Dafür nutzten sie den auch in der Leipziger Arbeiterbewegung tiefverwurzelten Hass gegen das reaktionäre zaristische Regime in Russland und hatten wesentlichen Anteil an dem erzeugten chauvinistischen Taumel in Leipzig. Ihr Vorbild waren nicht Karl Liebknecht und Genossen – die Vorkämpfer gegen Militarismus und Imperialismus in Deutschland –, sondern der SPD-Reichtagsabgeordnete Ludwig Frank, der sich als 40-Jähriger freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet hatte, um zu demonstrieren, dass die Unterstützung des Krieges durch die offizielle Sozialdemokratie nicht einem „*taktischen Zwang*“, sondern einer „*inneren Notwendigkeit*“ ent-

Staatsorgane und sämtliche bürgerlichen Propagandainstrumente, insbesondere die Presse, die „*Burgfriedenspolitik*“ der rechten Partei- und Gewerkschaftsführer in vielfältigster Art und Weise unterstützten. „*Südekums Stimme*“, schrieb Lenin auf die Lage in Deutschland eingehend, „*wird von der bürgerlichen Presse in Millionen von Zeitungsexemplaren verbreitet, während die Stimmen seiner Gegner in der legalen Presse nicht zu hören sind, denn es gibt ja in der Welt eine Militärensensur.*“ Dieser allgemeingültige Faktor wirkte in Leipzig, einer Hochburg der deutschen Arbeiterbewegung, in besonders starken Maße und ermöglichte es der Bourgeoisie, zunächst beträchtliche Teile der Leipziger Arbeiterschaft der chauvinistischen Kriegspolitik gefügig zu machen. Nicht die Arbeiter hatten in diesen schwerwiegenden Tagen ver-

sagt, sondern die mit der Bourgeoisie paktierenden rechten Führer der Arbeiterbewegung hatten die Antikriegsbeschlüsse der Sozialistischen Internationale schmählich verraten.

So trat schließlich das ein, worauf innerhalb der deutschen Sozialdemokratie die Weichen durch den Parteivorstand gestellt worden waren: Am 4. August stimmte die SPD-Reichtagsfraktion geschlossen – Karl Liebknecht hatte sich entgegen seiner Überzeugung der Fraktionsdisziplin gebeugt – für die von der Regierung geforderten Kriegskredite. Ihr Sprecher, der Parteivorsitzende Hugo Haase, der vorgab, sich im „*Einklang mit der Internationale*“ zu fühlen, erklärte: „*Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel...: wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.*“ Der imperialistische Marsch in die Barbarei hatte mit Zustimmung und Unterstützung der deutschen Sozialdemokratie begonnen.

Mit einem Blick auf die Entwicklung in Leipzig in den Kriegsmontaten 1914 beenden wir die Serie in unserer Ausgabe 17.

• KURT SCHNEIDER



„Ausflug nach Paris“, August 1914

über der Sozialdemokratie zu ergreifen, so stellte sich in der Folgezeit heraus, dass solche Maßnahmen überflüssig, wenn nicht direkt gefährlich gewesen wären, denn nach der angeordneten Mobilmachung ... trat zur unangenehmen Überraschung des feindlichen Auslands, das mit inneren Unruhen während der Kriegszeit gerechnet haben mochte, ein völliger Umschwung in der Stimmung der Sozialdemokratie im vaterländischen Sinne hervor.“ Mehr noch: „*Merkwürdig und anerkennenswert war die anfeuernde nationale und zum Teil sogar monarchistische Haltung sozialdemokratischer Führer, wie sie in verschiedenen Presseartikeln zum Ausdruck kam.*“

Während noch Ende Juli selbst eingefleischte opportunistische

sprungen war. So stürmten, um nur ein Beispiel zu nennen, am 4. August selbst leitende sozialdemokratische Funktionäre Leipzigs wie das Vorstandsmitglied Bartel mit Flugblättern, die die Einnahme der Festung Lüttich durch deutsche Truppen verkündeten, durch die Straßen Leipzigs. Ihr Verhalten war die entscheidende Ursache dafür, dass große Teile der Leipziger Arbeiterschaft, die noch Ende Juli engagiert gegen den Krieg aufgetreten waren, nach und nach der allseitig geschürten Kriegshysterie erlagen. Zugleich erwies sich auch in Leipzig, dass die „*Kraft der Opportunisten und Chauvinisten ... ihrem Bündnis mit der Bourgeoisie, den Regierungen und Generalstäben*“ (Lenin) entsprang, indem die Leipziger



Von  
**KLAUS HUHN**

ICH WÜRD MEINE RENTE DARAUF VERWETTEN, dass ein Fernsehsender, der drei Harry-Potter-Filme als Alternativprogramm zur Eröffnung der Olympischen Spiele ausstrahlt, das Einschaltquoten-Duell gegen Athen haushoch verlieren würde. Das ist im Grunde verblüffend, denn die Übertragung verspricht weder Überraschungen noch Mord und Totschlag. Wir werden wieder sehen, was die Älteren unter uns schon ein Dutzend Mal gesehen haben: Ein „Kulturprogramm“ (die Anführungsstriche gelten dem Umstand, dass wir schon große Abende erlebten, aber eben auch nur glitzern-de Hollywood-Inszenierungen), dann den traditionellen Einzug der Mannschaften ins Stadion, die nicht sehr aufregende Zeremonie der Eidsprecher, das Eintreffen der Fackel, das Aufflackern des schon Ende März in Olympia entzündeten Feuers in der Flammenschale und schließlich die auf wenige Worte beschränkte offizielle Eröffnung. An diesem Abend werden also garantiert kein Weltrekord aufgestellt, keine Traumtore geschossen, aber dennoch Milliarden Zuschauer zwischen Feuerland und Murmansk vor den Fernsehschirmen erwartet.

Das Besondere jetzt besteht darin, dass die Spiele nach über hundert Jahren in ihr Geburtsland zurückkehren. Die Fete wird natürlich darauf verzichten, an die Zweifler von damals zu erinnern, aber die waren zahlreich. Vor allem in Deutschland. Der Präsident aller Turner – dessen Funktion ins Heute übertragen mit

der der Herren von Richtofen und Steinbach in einer Person vergleichbar wäre – verkündete damals, dass es mit der Würde eines Deutschen unvereinbar sei, an den Spielen teilzunehmen, und die Banker krakeelten, dass die Griechen gefälligst erst ihre Schulden begleichen sollten, ehe sie Olympische Spiele arrangieren. Das erwähne ich nur, weil den Griechen heute noch dafür zu danken ist,

beitslosen, der zwar nie in Fragebogen Auskunft über sein Vermögen geben musste, aber Olympia nur retten konnte, in dem er alles hingab, was er besaß. Niemand erinnert heute mehr daran, wohl auch weil diese Erkenntnis schlecht in die Landschaft passen würde, in der ständig und überall dazu aufgerufen wird, die Situation um keinen Preis „negativ“ zu sehen, sondern nur optimistisch. (Vornehm-

### Sportkolumne

## Gedanken zu Olympia und anderem

dass sie und der französische Baron de Coubertin sich ungeachtet aller Schelte aus Berlin nicht von ihrer Idee abbringen ließen.

Zugegeben: Die Spiele haben kein einziges Scharmützel und keinen Krieg verhindern können. Aber sie wurden zu einem Fest, das bei allem Jubel über Rekorde und Medaillen nie die Sehnsucht nach Frieden in Vergessenheit geraten ließ. Und das wäre immerhin Grund genug, sie zu rühmen.

Vergessen werden sollte auch nicht, dass Coubertin, der Mann, der sie ersann und mit bewundernswürdiger Energie durchsetzte, in seinem 1937 in Genf eröffneten Testament Worte hinterließ, die uns in manchem an die bittere Gegenwart erinnern: „*Da ich stets und ständig von meinen Silberlingen die Werke bezahlte, die ich mit Blick auf das öffentliche Wohl und den Fortschritt der Pädagogik ersonnen hatte, war mein persönliches Vermögen nicht instande, den finanziellen Zusammenbrüchen dieser letzten Zeit zu widerstehen. Andererseits waren meine wiederholten Bemühungen, irgendeine bezahlte Funktion zu erhalten, sämtlich gescheitert...*“ Wir verdanken Olympia in letzter Konsequenz also der Energie eines Ar-

lich von denen gefordert, die nicht fürchten müssen, je das Schicksal Coubertins erleiden zu müssen.)

Das alles wird natürlich am feierlichen Eröffnungsabend niemand erwähnen – deshalb tun wir es heute...

EIN FERNSEHKOMMENTATOR namens Boßdorf, von dem man sich erzählt, dass er einst in Leipzig soliden Journalismus lernte, kam bei der Tour de France von der Straße ab und hatte Ärger. Verständlichen. Als Jan Ullrich zum ersten und einzigen Mal der Spitzengruppe davonfuhr und ein, wie Ullrich in einer KJS groß gewordener, Rennfahrer ihm nachfuhr, erinnerte sich Boßdorf plötzlich des einst studierten Kollektiveists und rügte den Verfolger deswegen. Der wurde tags darauf von Zuschauern als „Judas“ beschimpft, flippte darob ebenfalls aus und erteilte Boßdorf Nachhilfestunden in Profiradspport: Jeder fährt für den „Stall“, von dem er bezahlt wird! Dann rügte der Radler den Reporter, der sich nebenbei auch noch von denen bezahlen lässt, die Ullrich bezahlen. Merke: Derlei kann nur passieren, wenn jemand Vergangenheit und Gegenwart durcheinanderbringt.

Die 91. Tour de France – oder aktuellisiert die 6. „Tour de Lance“ – hat mich auch diesmal wieder in ihren Bann gezogen. Le Grand Bornand in den französischen Alpen hatte ich mir ausgesucht, um das Flair zu erleben, dort wo die 17. Etappe zu Ende ging.

Dieses Flair muss man einfach erlebt haben, um mitreden und sich sein eigenes Bild machen zu können, auch darüber, was die Fernsehanstalten nicht so rüberbringen. Da lauscht man ab und an auch einmal, was die Experten jenseits der Kameras so von sich geben. Unter anderem erfährt man bei solch einem „Lauschangriff“, dass der CSC-Chef Bjarne Riis immer noch sauer auf Ullrich ist, weil er trotz eines guten Angebotes nicht in sein Team kam. Dass Ullrich subjektive Meinungen verbreite, die als Erklärung für seine schwache Form vor allem von den Agenturen dankbar aufgenommen an die Medien weitergegeben werden. Vom Sportler, der sein Talent vergeude und sein Potenzial nicht nutze. Wie soll er auch, meinen die Experten, wenn die Öffentlichkeit bei jedem Radrennen, wo der Star am Start ist, Erfolgsdruck produ-

## „Lauschangriff“ während der Tour de France

ziert. Deutschlandtour, Tour de France, Olympia, Weltmeisterschaften ... Überall soll er gewinnen. Gewinnt er nicht, muss er sich rechtfertigen. Ullrich müsse bei der Tour immer drei Gegner schlagen. Die deutsche Öffentlichkeit, die eigene Psyche und natürlich Armstrong. Armstrong dagegen hat keinen Druck. Er fährt nur die Rennen, die er will. Und er will nur eines: Bei der Tour durch Frankreich die Konkurrenz in Grund und Boden fahren. Dort ist das Medienspektakel am größten, dort hat er die Präsenz, die er und sein Sponsor brauchen, nur dafür schindet er sich.

Beinahe hätte ich aber einen deutschen Etappensieg erlebt, wenn da nicht Armstrong unserem Klödi den Sieg noch kurz vor der Linie weggeschnappt hätte. „Nimmersatt“, stöhnte ein Fotograf hinter mir. Und bei den schätzungsweise 10 000 Menschen, die sich unmittelbar am Ziel befanden, vermischten sich Buh-

und Bravorufe. Logisch. Es geht ums Geld. Warum 7 200 Euro verschenken, wenn man diese für sein Team selbst einstreichen kann.

Beliebt ist er in Frankreich nicht, der inzwischen sechsmalige Toursieger. Er wird ob seiner Perfektion respektiert, mehr nicht. Und seine übermenschlichen Leistungen werden gar mit Skepsis zur Kenntnis genommen. Nach der Zieldurchfahrt waren er und sein Team jedenfalls sofort verschwunden, abgeschirmt von Sicherheitskräften und persönlichen Bodyguards. Die größte Reportertraube scharte sich um Jan Ullrich, der Dritter geworden war. Andreas Klöden, der als Zweiter wohl auch Aufmerksamkeit verdient hätte, stand zunächst völlig unbehelligt und sichtbar fix und fertig allein mit einem Betreuer, gezeichnet vom Schock, auf der Ziellinie noch überspurt worden zu sein. Den Tourminator sah man erst wieder zur Siegerehrung, und

## TELESKOP

### Krimi-Stunde

Von Jürgen Kuczynski wird erzählt, dass er nach der *Aktuellen Kamera* noch die Tagesschau sah und danach ins Bett ging. (Dafür stand er aber auch um vier oder fünf wieder auf und hatte bis zum Frühstück bereits einen Artikel oder einige Seiten für ein neues Buch geschrieben.) Wer so früh schlafen geht, der sieht nicht fern oder richtiger gesagt, derjenige entzieht sich freiwillig dem Fernsehkonsum. Und so ist es auch nicht verwunderlich, dass wir von Jürgen Kuczynski keine klugen Anmerkungen zum Fernsehkrimi haben, von ihm, dem passionierten Leser von Kriminal- alias Detektivromanen – sie haben ihn offensichtlich nicht interessiert.

War in der TV-Vorära der verfilmte Kriminalroman noch die Ausnahme, so ist heute jede als Buch erfolgreiche Kommissarfigur alsbald auch auf dem Bildschirm zu finden. So flimmerte in den vergangenen Wochen der Stockholmer Kommissar Martin Beck in einer ansehbaren Folge am späten Freitagabend im *Ersten* über den Bildschirm. Allerdings wurde eines zugleich deutlich: mit Maj Sjöwall und Per Wahlöös Krimis hatten sie kaum noch Ähnlichkeit. Vor allem von jener oft schonungslosen Kritik der schwedischen Gesellschaft, wie sie in den Originalen zu finden ist, war nichts mehr geblieben. Bleibt zu hoffen, dass die Beck-Serie viele Zuschauer anregt, wieder oder zum ersten Mal zu den Büchern zu greifen.

Auch das ZDF bietet zur Zeit eine Krimiserie aus dem Norden. Und auch sie läuft zu später Stunde, jeweils dienstags um viertel nach elf. „Unit One – Die Spezialisten“ kommt aus Dänemark und schildert die Arbeit einer Spezialeinheit der Reichspolizei, die immer dann in die Provinz ausrückt, wenn die heimischen Kräfte mit der Aufklärung eines Falles überfordert sind. Dabei ist diese Spezialeinheit keine Rambotruppe und die aufzuklärenden Verbrechen sind keine Retortenfälle, sondern aus dem Leben gegriffen. Die Serie ist nicht zuletzt deswegen sehenswert, weil sie neue Gesichter auf den Bildschirm bringt. Es bleibt das Geheimnis des ZDF, warum eine solch interessante Serie in die Nacht versteckt wird, am Freitag zur besten Sendezeit aber die alten Schickimicki-Fälle mit Rolf Schimpf alias „Der Alte“ und die abgetakelten Schwachsinnsschoten einer „SOKO Leipzig“ wiederholt werden.

Wer sich entschließt, dienstags die „Spezialisten“ anzuschauen, der sollte nicht versäumen, bereits eine halbe Stunde vorher zum ZDF zu schalten. Läuft doch zuvor eine Doku-Reihe, die sich mit bis heute ungeklärten Kapitalverbrechen befasst.

• FIETE GAARDEN

erst nach dieser Zeremonie dufte man den Versuch wagen, sich ihm vorsichtig zu nähern. Doch so richtig kam keiner an ihn heran. Reporterfragen wurden abgewimmelt, Autogrammwünsche nahm ein Bodyguard entgegen, der reichte sie an Armstrong weiter und so kamen die Autogramme letztlich auch zurück. Insgesamt wirkte alles um Armstrong wenig emotional, eher kühl und berechnend.

Da macht man sich natürlich so seine Gedanken. Warum denn dieses große Sicherheitsaufgebot für einen einzelnen Fahrer bei US-Postal? Ich habe mir sagen lassen, dass alle Statements außerhalb des offiziellen Siegerinterviews bei US-Postal immer schriftlich abgegeben werden und die Helfer selbst keinerlei Interviews geben. Wahrscheinlich gehört auch das zur Perfektion oder zur Professionalität im Radsport, nicht jede Reporterfrage freimütig und bereitwillig zu beantworten. Vielleicht ist gerade die Armstrongsche Unnahbarkeit ein Mittel, sich von einem zu großen öffentlichen Druck zu befreien.

• HANS-JÜRGEN BERG

Zu „Weimar im Juli“, LN 15 '04

## Zu nörglerisch

Ich schätze Manfred Bols als klugen Analysator, halte aber seinen Bericht über Weimar für sehr ambivalent und nörglerisch.

Mir gefallen vor allem seine unpassenden Bemerkungen über die großartige Ausstellung „Maria Pawlowna – Zarentochter am Weimarer Hof“ im Schloß nicht, die er im Zweifel nicht gesehen hat, sonst würde er anders urteilen. Warum stört ihn die Werbung für diese wichtige Herrscherin, deren herausragende Rolle für die Weltgeltung Weimars im 19. Jahrhundert, aber auch für die sozialen Belange der Bevölkerung in diesem Duodezfürstentum erst heute erschlossen wird? Und warum soll sie ausgerechnet durch ein Transparent gegen den Neonazismus ersetzt werden? Es gilt doch der Satz: Alles zu seiner Zeit.

Diese Ausstellung ist ganz und gar nicht einseitig monarchistisch orientiert und beschränkt sich nicht etwa auf das Zeigen des Brautschatzes von Maria Pawlowna. Sie vermittelt vielmehr ein recht umfassendes Bild über ihr Leben und über das Weimar in den Zeiten von Goethe, Schiller, Wieland, Hummel und Liszt, als die russische Prinzessin aus St. Petersburg versuchte, mit ihrem Gatten Carl Friedrich eine für die damaligen Bedingungen recht liberale Politik zu gestalten und sich dabei auch Ärger vom Zarenhof einhandelte. Natürlich war die Großherzogin sehr reich und sie verstand sich auch darauf, den vorhandenen Reichtum zu mehren. Dennoch kann ich dem Nebensatz bei Bols, daß die wertvollen Schmuckstücke, die in der Ausstellung gezeigt werden, dem russischen Volk abgepreßt sind, überhaupt nichts abgewinnen. Soll eine solche laxe Bemerkung heißen, wir verzichten künftig auf die Kunstschatze in der Eremitage, im Louvre, in Sanssouci und im Dresdner Zwinger, weil ja das alles auch dem werktätigen Volk abgepreßt wurde? So einfach kann man doch wohl Kulturgeschichte nicht betrachten. Und was soll dieser völlig unmotivierte kommerzielle Vorschlag, man solle doch lieber einige der künstlerischen Kostbarkeiten aus diesem Schatz verkaufen, um Schiller-Dramen im Weimarer Nationaltheater aufführen zu können? Weil es aus einem ausländischen Brautschatz kommt?

ERHARD HEXELSCHNEIDER

Ich forderte in der öffentlichen Diskussionsveranstaltung der Leipziger Gruppe der Initiative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit meine hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen Gewerkschaftssekretäre tatsächlich auf, ihr SPD-Parteibuch dorthin zu werfen, wo es nach diesem SPD-geführten drastischsten Sozialabbau in Deutschland seit 1949 m. E. hingehört: auf den Müllhaufen. Im Bericht darüber stand in LN hinter meinem Namen „PDS“ als Parteizugehörigkeit. Das ist unzutreffend. Ich bin im November 2003, kurz nach dem Chemnitzer Programm-Parteitag, aus der PDS ausgetreten, weil ich jegliche Hoffnung verloren habe, dass mit dieser Partei zukünftig demokratisch-sozialistische Politik in Deutschland zu machen ist. Als ich noch Mitglied des BundessprecherInnenrates der AG Betrieb & Gewerkschaft der PDS war, habe ich im April 2001 zusammen mit den anderen Mitgliedern dieses Gremiums zum Programm-Parteitag der PDS u. a. folgendes erklärt:

„Wir halten ein sozialistisches Programm für unakzeptabel, das bereits unmittelbar hinter seiner Präambel *Unternehmertum* und *Gewinninteresse* als *wichtige Bedingungen von Innovation und Effizienz* lobt. Das Profitinteresse der Unternehmen ist in erster Linie für die wachsende Ausbeutung der lebendigen Arbeit, für das Entstehen konjunktureller Krisen und für die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen verantwortlich. Im Interesse der Unternehmensgewinne wird die Politik zum Sozialabbau gezwungen, werden die Sozialsysteme ausgehöhlt und einstmals erkämpfte Sicherheiten des Arbeitslebens dereguliert. Es gibt keinen gesellschaftlichen Missstand, den das Programm ansonsten an-

Zu „Parteibuch auf den Müll?“, LN 15 '04

## Wer manchmal nickt, dem glaubt man nicht

prangert, der nicht durch das gelobte *Gewinninteresse* verursacht oder zumindest verschärft wird. Nichts anderes als Gewinninteresse ist dafür verantwortlich, dass die deutsche Wirtschaft bis heute unfähig ist, ihre bisherigen Zwangsarbeiter zu entschädigen, deutsche Konzerne an vorderster Stelle am weltweiten Waffengeschäft verdienen oder Atomkraftwerke bis zur Schrottreife laufen sollen, um nichts anderes als eben Gewinne zu garantieren. Die im Programmwurf vollzogene Trennung von guten und schlechten Profiten ist angesichts der wirtschaftlichen Verflechtungen eine völlig absurde Kapitalismuskritik. Noch bedrückender finden wir, dass das Programm keinen Satz darüber verliert, dass die eigentliche Quelle von Innovation und Effizienz, aber insbesondere des Gewinns, die Lohnarbeit und der ihr abgepresste Mehrwert ist. Die Programmautoren kennen keine Lohnarbeit mehr, sondern nur noch Erwerbsarbeit. Sie drücken sich trotz aller wortmächtigen Kapitalismuskritik um den konkreten Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital herum und verstecken ihn hinter philosophischen Abstraktionen.“

Zwar wurde in Chemnitz der Antrag angenommen, auf derlei unkritische Lobhudelei von „Unternehmertum und Gewinninteresse als wichtige Bedingungen für Innovation und Effizienz“ im PDS-Programm zu verzichten. Aber mit nur einer (!) Stimme

Mehrheit. Da wuchsen meine Zweifel, ob diese Partei überhaupt noch daran interessiert ist, das kapitalistische System zu überwinden. Und als dann Bisky und andere Parteiobere einen Tag nach dem Parteitag in Erklärungen gegenüber den Medien weiterhin ihr Loblied auf die Jagd nach Profit fortsetzten, gewann ich den Eindruck, dass es den maßgeblichen Kräften in der PDS eher um Anpassung an den als um Überwindung des Kapitalismus geht. Der Austritt aus der PDS war für mich die logische Konsequenz. Jüngste beschwichtigende bzw. verharmlosende Äußerungen von der PDS angehörenden Mitgliedern des Berliner Senats zum Umgang mit und den Folgen des ALG II, aber auch das Mitwirken der PDS in der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns beim Durchwinken von Schröders die Reichen reichlich beschenkender Steuerreform im Bundesrat bestärken mich in der Einschätzung, dass die führenden Kräfte dieser Partei Politik machen getreu dem olympischen Motto „Dabeisein ist alles“. Da die Steuerreform mit der wichtigste Grund für die gegenwärtige Ebbe in den Staatskassen ist, womit ja der massive Sozialabbau u. a. begründet wird, ist die Kritik der PDS an der Agenda 2010 zwar berechtigt, aber unglaubwürdig. Merke: Wer manchmal nickt, dem glaubt man nicht – auch wenn er mal die Wahrheit spricht!

MARTIN LESCH  
LEIPZIG, VER.DI

## Fahrt nach Buchenwald

Die Fahrt nach Buchenwald wurde von den Eltern der Klasse 8 „Löwen“, insbesondere von Frau Richter, gründlich vorbereitet. Große Unterstützung erhielten wir von Herrn Günther vom Bund der Antifaschisten. Er begleitete uns in das „Kino 10“, in den Film „Nackt unter Wölfen“ (der auch in Buchenwald spielt) und besuchte uns im Klassenrat, um uns auf den Besuch in Buchenwald vorzubereiten. Am 11. Juni sind wir mit dem Zug nach Buchenwald gefahren. Mir ist es vor allem unverständlich, wie Menschen einen so riesigen Hass auf andere Menschen entwickeln können? Wie können Menschen zu solchen schrecklichen Taten in der Lage sein? So unmenschliche Taten? Warum existiert immer noch Ausländerfeindlichkeit und Faschismus? Und vor allem sollten wir uns die Frage stellen: In welcher Welt leben wir, dass der Staat, die Regierung es erlaubt, dass Faschisten ihren Glauben mit Gewalt und Parolen demonstrieren? Wozu braucht es Demos, die wieder nur zu Gewalt führen? Weil Deutschland ein „freies demokratisches Land“ ist??? Es könnte mich vollkommen aus der Fassung bringen!

MARIA BARTELS  
KLASSE 8 DER NACHBARSCHAFTSSCHULE LEIPZIG

## Schon die zweite gekauft!

Hab euch kürzlich (also euer Druckerzeugnis) in einem Presseshop liegen sehen und nicht zuletzt wegen der wärmsten Empfehlung des Inhabers gekauft und mitgenommen. Hab den Kauf nicht bereut und halte nun bereits das zweite Exemplar in der Hand. Das sagt doch alles, oder? Ihr seid angenehm anders. Weil die anderen es nicht bringen wollen oder können. Na ja, je nachdem, wo man steht, sieht man die Dinge.

Ihr steht jedenfalls gut.  
Klaus Silex  
per E-Mail

Lassen Sie mich, gewissermaßen in aller Verbundenheit mit Leipzigs Neuer, etwas tun, was sich eigentlich verbietet und wovon schon der Dichter Hacks wusste, dass es nur fortgesetzten Ärger einbringt:

EIN TADLER

Hans Gimpel dreist mir in den Ohren liegt.  
Wenn ich entgegne, hat er mich besiegt.

Ich habe den Eindruck, daß man sich in der Redaktion die Tatsache nicht bewußt gemacht hat, in wie starkem Maße es sich bei Ingo Wagners Buch um einen für die Linke bedeutsamen Diskussionsbeitrag handelt. Wir sind hier ulkige Anwürfe gewöhnt, und natürlich liebt es die bürgerliche Presse, derlei radikale Analysen unter das Rubrum vom ewigen Streit unter den Linken zu packen. Was sie aber nicht liebt und naturgemäß auch gar nicht kann, ist die inhaltliche Auseinandersetzung mit marxistischen Positionen. Ist Leipzigs Neue eine bürgerliche Zeitung?

Im Zentrum der von Ihrem Rezensenten nicht geführten Auseinandersetzung stehen der originelle Vorwurf, der Autor habe verabsäumt, in der DDR für einen demokratischen Sozialismus zu sorgen und solle also heute besser schweigen, sowie die Behauptung, der PDS gehöre doch ohnehin die Zukunft, weil sie in der

Zu Heinz Säger: „Aus Ärger Objektivitätsverlust“

## „Ist LN eine bürgerliche Zeitung?“

thüringischen Schmutzwasserfrage die Laune des wandelbaren Wahlvolks soeben zu ihren Gunsten ein wenig hat beeinflussen können.

Es wird Sie nun sicher überraschen, wenn ich Ihnen mitteile, daß es genau Meinungen dieser Art sind, die Herr Wagner auf den Prüfstand seiner kritischen Untersuchung schiebt und (ich kann nur vermuten: sehr zum Ärger Ihres Rezensenten) demontiert. Hätte man nicht wenigstens so viel über den Inhalt dieses allseits unbeliebten Buchs mitteilen können? Sei es nun aus gutbürgerlicher Redlichkeit oder aus marxistischem Erkenntnisthunger ... Ich frage mich einigermaßen besorgt, wie Ihre Redakteure wohl seinerzeit auf die Kritik am Gothaer Programm reagiert hätten. Ich denke, die Marxsche Methode beweist sich doch immer zuerst in der Gegenwart; für die Vergangenheit sind dann oft auch die andern schlauer. Wer freilich von Marx nicht mehr als die wahrscheinlich aus dem ND-Feuilleton aufgeschnappte Allerweltsweisheit, daß an allem zu zweifeln sei, gelernt hat, der wird immer nach der Quote schielen und warten, bis es eine

Mehrheit ist, die nicht mehr zweifelt.

Gewiß, man könnte dem gelassen zusehen. Der Imperialismus stirbt, und sein bester Agent in diesen und manch andern Tagen, die Sozialdemokratie, auch. Nur haben sie sich leider vorgenommen, möglichst viele mit in dieses Verderben zu nehmen. Nach Ingo Wagners vielleicht immer noch zu freundlicher Darstellung war die PDS die Partei, die ihrer historischen Herkunft, sozialen Bindung und intellektuellen Ausstattung nach diese Lage hätte erkennen und dagegen mobilisieren können. Sie ist diese Partei nicht mehr. Daß sie davon nichts hören will, ist verständlich, aber gewiß nicht dem Autor dieser „theoretisch-politischen Glossen“ anzulasten.

DR. MATTHIAS OEHME  
EULENSPIEGEL VERLAGSGRUPPE EDITION OST

Das Problem ist: Wir zensurieren nicht, auch keine Rezensionen. Sie sind stets Meinung des Autors. Aber wir sind dankbar für jede zusätzliche Meinungsäußerung, Klarstellung usw.

Die Redaktion

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein. Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Die Redaktion

**Frauenkultur e. V.**  
Leipzig, Windscheidstr. 51

**12. 8., 19 Uhr: Frida Kahlo – Malerin und Rebellin des Schmerzes.** Fotografien und Montagen von und mit LIORO/Liliana Osorio de Rosen. Ausstellungseröffnung in der Leipziger Stadtbibliothek  
**Noch bis 30. 9.: SELBIGE BILDER – viel Öl, wenig Blei ...** der Leipziger Malerin CHRISTIANE SELBIG

**Naturkundemuseum**  
Leipzig, Lortzingstr. 3

**13. 8., 19 Uhr, Sonderveranstaltung: Dem geheimnisvollen Leben der Wasserfledermaus, Auwaldtier 2004, auf der Spur.** Mit Exkursion ins Rosental  
**19. 8., 14 Uhr: Botanischer Spaziergang im Rosental**  
**22. 8., 10.30 Uhr, Vortrag: Eingewandert, eingeschleppt? – Neuankömmling in Europas Insektenfauna**

**Polnische Ostsee, deutsche Hotelpension** 22,00 € ÜF  
Tel.: 00 48 91-3 81 11 72, www.hs.ta.pl

**Unser verdienstvoller Genosse und Veteran der ABl, Werner Golde, feiert am 21. August 2004 seinen 80. Geburtstag. Wir gratulieren auf das herzlichste und wünschenden Gesundheit und Wohlergehen**  
BO Löbzig III

**Sonnabend, 7. 8., 9 Uhr: Wahlaufakt im Wahlkreis 26 mit Dr. Volker Külow**  
**Subbotnik im Erich-Zeigner-Haus, Zschochersche Str. 3**  
OV Südwest

**Spotless**

http://www.spotless.de  
Horst Schneider  
**Das Hannah-Arendt-Institut im Widerstreit politischer Meinungen**  
Der Politologe Prof. Dr. Horst SCHNEIDER hat die von der derzeitigen deutschen Obrigkeit so aufwändig geförderte „Totalitarismusforschung“ seziert und ist dabei zu bemerkenswerten Ergebnissen gelangt. Darunter sind auch interessante Erkenntnisse über das Dresdner Institut, dem man als Aushängeschild den Namen der Deutschamerikanerin Hannah Arendt gab. Die Ergebnisse der dort betriebenen Forschung beschränken sich auf umstrittene Behauptungen.  
5,10 Euro – zzgl. Zustellgebühr 1 Euro  
BESTELLSCHEIN bitte senden an  
SPOTLESS – PF 830 – 10131 BERLIN  
Name: .....  
Vorname: .....  
Straße: .....  
PLZ: ..... Ort: .....  
Unterschrift: .....

**Hartz IV: Fakten – Argumente – Schlussfolgerungen**  
Der PDS-Stadtvorstand lädt für Freitag, **13. August, 17 Uhr**, zur Schulung für LandtagskandidatInnen, Infoständler und weitere Interessenten mit MdL Dr. Dietmar Pellmann ins Liebknecht-Haus Leipzig ein.  
Vorher (16.30 Uhr) findet vor dem Liebknecht-Haus eine kleine Würdigung von Karl Liebknecht anlässlich seines 133. Geburtstages statt.

**Beratung zum Arbeitslosengeld**  
Das „Zentrum für Integration“, Demmeringstr. 115, bietet im Rahmen seines ABM-Projektes „Soziale Beratung in kritischen Lebenslagen“ jeweils **dienstags von 14 bis 17 Uhr und donnerstags von 10 bis 17 Uhr** Hilfe beim Ausfüllen der Antragsformulare für das Arbeitslosengeld II an. Zusätzlich finden in den Stadtteilen Beratungen zu folgenden Terminen statt:  
• **Anger-Crottendorf:** Volkssolidarität, Schirmerstr. 3, am **18. August, 14–16 Uhr**  
• **Grünau:** Stadtteilladen, Stuttgarter Allee 19, am **11. August, 10–13 Uhr; am 25. August, 14–17 Uhr**  
• **Kleinzschocher:** Quartiersladen, Dieskaustr. 50, am **10. und 24. August, 10–12 Uhr**  
• **Lindenthal:** Rathaus, Erich-Thiele-Str. 2, am **17. und 31. August, 14–17 Uhr**  
• **Mölkau:** Gemeindeamt, Engelsdorfer Str. 88 (Zi. 2), am **9. und 23. August, 10–12 Uhr**  
• **Paunsdorf:** Begegnungszentrum „Die Brücke“, Südblick 5a, **11. und 25. August, 14–16 Uhr**  
• **Volkmarsdorf:** Bürgertreff, Konradstr. 60a, **10. und 24. August, 13–15 Uhr**  
• **Wiederitzsch:** Begegnungszentrum, Delitzscher Landstr. 38, **12. und 26. August, 15–17 Uhr**

**Hassan Zeinel Abidine,**  
die personifizierte Völkerverständigung wurde  
**65!**  
Lieber Hassan, herzlichen Glückwunsch!  
Hoch sollst du leben – so hoch, wie die internationale Solidarität, deren unermüdlicher Streiter du bist.  
Wir wünschen uns noch viele Jahre mit dir und deinem Friedenswillen. Bleib gesund!  
Die Redaktionstruppe von LEIPZIGS NEUE

**Bestellschein**

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündige.

Ich bitte um Rechnung  
 Ich bezahle durch Bankeinzug

**LIEFERANSCHRIFT:**  
Name, Vorname .....  
Straße, Hausnummer .....  
PLZ, Ort .....  
evtl. Telefon .....

**RECHNUNGSANSCHRIFT**  
(nur extra auszufüllen, wenn dies ein  **Geschenkabonnement** ist  
Name, Vorname .....  
Straße, Hausnummer .....  
PLZ, Ort .....

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

**Solidaritätspreis:**  Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Ausgefüllten Bestellschein bitte an  
**LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig schicken**

Geldinstitut .....  
BLZ .....  
Kontonummer .....  
Kontoinhaber .....  
Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers .....  
Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.  
2. Unterschrift des Auftraggebers .....

**Lesen was andere verschweigen:**

**Leipzig NEUE**  
EINE LINKE ZWEIFACHWOCHEENZEITUNG  
**NEUE VISIONEN**

■ **Feinkost contra Ex-Treuhand**  
Hilft die Kommunalwahl? Hoffnung beim Streit um einen Kunst- und Gewerbehof in Leipziger Südhauptstadt Seite 3

■ **Wer baute das Wohnhochhaus?**  
Ein Stadtrat nimmt an die Zeit, als Häuser von Arbeitern errichtet wurden Seite 4

■ **Sicherheitsrisiko Innenminister**  
Die katastrophalen Zustände in Tost Bawcha Respekt Seite 7

■ **Die Illusion des NOK**  
Klausur führt zu Zeitungschau nach der Entscheidung von Larsson Seite 13

**Kein Wunder**  
Nachdem die Zeitungschau nach der Entscheidung von Larsson...

**Jetzt drei Monate Probeabo!**

**Ja, ich will das Probeabo nutzen!**  
Ich zahle für 7 Ausgaben nur 3,50 € statt 7,00 €.

Name: .....  
Straße: .....  
PLZ/Ort: .....

Ich möchte auf Rechnung bezahlen.  
 Ich möchte per Lastschrift bezahlen.

Konto-Nr.: .....  
Kreditinstitut: .....  
Bankleitzahl: .....

Das Probeabo erlischt nach 7 Ausgaben automatisch. Ich kann es aber danach in ein normales Dauerabo umwandeln lassen, wobei ein neuer Vertrag über den Bezug von "Leipzig Neue" geschlossen werden muss.

Datum / Unterschrift: .....

# Keep it in mind

Da gibt es nun den neuen Bierkasten mit dem AIRTOUCH Griff, hinter dem von jeder Werbefläche Herr G. E. grinst.

Ob die unworbene Biersorte beim *Benefit Dinner* im Restaurant Tiffany getrunken wurde, an dem auch Leute von *Pricewaterhouse-Coopers* beteiligt waren, ist fraglich. Überhaupt, zu viel Bier soll ja ungesund sein, man sollte doch lieber *Nordic Walking* machen.

Um unser Wohlbefinden sorgen sich ja viele Leute. Wenn man z. B. an dem *Restless Legs Syndrom – RLS* leidet, kann man an einer Studie der *Clin Pharm* teilnehmen. In *Aerobi's Wellfit Park* kann man aber auch *OWN Cal* machen.

In „gehobenen Kreisen“ hält man sich mit dem Golfspiel fit. Seine „Platzreife“ erhält der Spieler mit der *etablierten VcG- Green-Card-Prüfung*.

Kulturelle Höhepunkte tragen bekanntlich auch zu unserem Wohlbefinden bei. So z. B. das *Shodin Lokal Short Night Shuffle* für

junge Filme. (Wörterbuch Englisch-Deutsch: shuffle – das Schlurfen.)

Oder wir lassen uns beim Talentewettbewerb *Live on Stage* von Karolines Song *Keep it in mind* begeistern.

Ein absolutes *Highlight* wird bestimmt der *Tropical Islands Dome*, der in der ehemaligen *Cargo Lifter Werfthalle*, der größten freitragenden Halle der Welt, geschaffen wird. Damit man bei den vielen Angeboten den Überblick behält, kauft man sich am besten das *MEGWARE Voyage WLAN Notebook* mit *Intel Centrino Mobiltechnologie* mit *integriertem Wireless-LAN* für 1499 Euro.

Ganz anders diese teutsche Sprechblase, bei der man sofort weiß, was gemeint ist: *Knalliger Knallerpreis / Geschirrspüler 179 Euro / Kaufen – marsch, marsch / Media Markt*.

*Kursiv* = alles original von Werbeflächen und aus Leipziger Zeitungen. Ach, fast hätte ich es vergessen: *Pay Pal* soll *eBay-Käufe* sicherer machen. • M. ERBE

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt  
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

## FUNDSACHEN

*Tag und Nacht wird über alles geredet. Wir haben es mit einer Ver-  
luderung der öffentlichen Moral des Redens, des Sprechens zu tun.  
Auch durch das ständige Quasseln in den Talkshows.*

Prof. Oskar Negt, Soziologe DLF 9. 7.

*Beim Eintopf lernen Bürger den Bundespräsidenten kennen.*

Überschrift in LVZ 5. 7.

Eintopf, Eintopf? – da war doch schon mal was.

*Und nun wieder Fußball-Mayer-Vorfelder, der Mann, der sich auf der  
Beliebtheitskala der Deutschen gleichauf mit dem Hautausschlag  
befindet. Hoch lebe die Bananenrepublik.*

DLF 10. 7.

*Frage: Ist denn nun die Wachablösung der DDR-Athleten eingetre-  
ten? Antwort: An Stelle der Besseren sind ja keine gleich guten  
getreten.*

DLF 11. 7.

*Ein vorzeitiger Wahlgang in der Bundesrepublik zur jetzigen Zeit  
wäre eine Wahl zwischen Pest und Cholera.*

DLF 12. 7.

Was ist den ein planmäßiger?

*Ich befürchte, dass sich jetzt ein neues Sonderbewusstsein Ost ent-  
wickelt.*

Wolfgang Engler, Soziologe 3sat 15. 7.

*Stadion-Eröffnung bringt hohe Verluste. Das Eröffnungsturnier im  
Zentralstadion wurde für die Veranstalter zum Debakel ... Zu keinem  
Zeitpunkt waren mehr als 5000 Zuschauer in der 45 000-Mann-  
Arena ... Weitere hausgemachte Pannen: Die neue Anzeigetafel  
(Preis 563 000 Euro) blieb am Sonnabend schwarz. Die Fans begleit-  
eten den anschließenden Festakt samt Eröffnungsreden mit Pfiffen.*

LVZ 19. 7.

*Der DTSB der DDR hatte zentrale Entscheidungsbefugnis. Der DSB  
der BRD ist ein zahnloser Tiger.*

MDR, 20. 7.

• GEFUNDEN VON  
MANFRED ERBE

Alle Gewalt geht  
von einem Völ-  
kchen aus.

REINHARD LOCHNER



**Herausgeber:** Projekt Linke Zeitung e.V.,  
V.i.S.P.: Rahel Springer

**Redaktion:** Braustraße 15, 04107 Leipzig,  
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345  
E-Mail: leipzig\_neue@t-online.de  
Internet: www.leipzig-neue.de  
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halb-  
jährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

**Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:**  
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice,  
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.  
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

**Anzeigen, Werbung:** BERG-  
digital, Hans-Jürgen Berg, Ziegelstraße 7c,  
04420 Markranstädt. Tel.: 034205/18 010,  
Fax: 034205/18 062 E-Mail:  
bergpr@web.de

**Druck:** Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Mei-  
nung der Redaktion übereinstimmen. Für  
unverlangt eingesandte Manuskripte und  
Fotos wird nicht gehaftet.

**Redaktionsschluss** dieser Ausgabe:  
3. August  
**Die nächste Ausgabe** erscheint am  
20. August

• KLAUS HUHN

Cuidado!

Este governo  
prejudica  
gravemente  
Portugal  
e  
os portugueses



Lutando, é possível mudar

Zigaretenschachtel-Warnung auf Portugiesisch

Achtung!

Diese  
Regierung  
schadet  
Portugal  
und den  
Portugiesen  
schwer.

Kommunistische Partei  
Portugals

Wenn man kämpft, ist  
Veränderung möglich

## Das große „Q“ und Mister Kerry

Nein, ich werde nicht beginnen, mitten in Leipzig plattdeutsch zu schreiben, aber man wird mich sicher verstehen, wenn ich mit dem Satz beginne: „Watt et all jibt!“ Als wir unlängst durch Teschendorf vor den Toren Neubrandenburgs kamen, begegneten wir einer Schar maßlos Erboster, die gerade einmal mehr erfahren hatten. „watt et all jibt“. Sie sollen in Zukunft „Zweitwohnsteuer“ für ihre Bungalows am Teschendorfer und Gramelower See bezahlen. Einer maulte: „Wenn ich gehant hätte, wie alles kommt, hätte ich mir nie diese Datsche gebaut, sondern mir ein Zelt in den Garten gestellt, denn dafür können sie doch keine Steuer fordern.“

Die Gemeinde-Abgeordneten, die die neue Regelung beschlossen hatten, versicherten, dass sie im Grunde selbst dagegen seien. Dass sie dennoch – außer einem – dafür stimmten, war dem Umstand zuzuschreiben, dass die Kassen der Gemeinde Teschendorf blitzleer sind. Da kein Teschendorfer in Teschendorf eine

Datsche zu stehen hat, trifft die neue Bestimmung keine Einheimischen, sondern meist nur Neubrandenburger. Und die müssen sich nun auch noch das Amtsblatt besorgen, denn bezahlt werden muss von dem Tag an, an dem die Verordnung dort publiziert wird.

Ganz anders in Pinnow. Dort hatte je-

### Wanderungen durch Neufünfland

mand zwei Kieselseen gepachtet, Forellen ausgesetzt und lockt nun Angler, die für nur zehn Euro den ganzen Tag über Forellen aus dem Wasser ziehen können. Da die aber beim jetzigen Wetter nicht beißen, kam kaum jemand. Der Bürgermeister war ohnehin nicht sonderlich begeistert, weil er das letzte Fünftel der Teiche unlängst entschlammen lassen wollte und sogar Fördermittel dafür bekommen hatte. Da der Kieselsee-Pächter um Kunden bangte, ließ er die Aktion nicht zu. So verfielen die Mittel, der Schlamm – den auch Forellen nicht mögen – blieb und Angler kamen trotz-

dem nicht.

Weder Teschendorf noch Pinnow dürften deshalb eine Chance haben, den Preis zu gewinnen, den der Verein „Region Vorpommern“ vergibt. Kundenfreundlichkeit und Service sind gefragt. Wie der Preis heißt? „Das große Q“. Vorwürfe, der Nostalgie zu fröhnen, wies man zurück: „Da weiß doch wenigstens jeder, was gemeint ist.“

Und dann – Sie werden es nicht glauben – gerieten wir am Rande Berlins mitten in den US-amerikanischen Wahlkampf. Kandidat Kerry hatte enthüllt, dass er in den Fünfzigern zwei Jahre in Berlin zugebracht hatte, als sein Vater bei der Militärbehörde tätig war. Da habe er sich eines Tages aufs Rad geschwungen und sei in den Osten geradelt. Trümmer über Trümmer – „fast noch Rauch“ – und in den Augen der Menschen sah er deren Unfreiheit. Nach der Heimkehr kassierte er allerdings Mauschellen! Wegen der Ostkontakte? Das erfuhrt man nicht.